Nr. 74. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 28. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Agrarische Fanfaren.

Die erhitzten monarchistischen Demonstrationen, in denen sich die Konservativen während der letzten Tage übten, waren offenkundig nichts als Praktiken im Kampfe um die Handelspolitik. Der blödsinnige Versuch, die Socialdemokratie für den Wurf des Bremer Epileptikers verantwortlich zu machen, hatte den Zweck, die guten Patrioten des Brotwuchers in empfehlende Erinnerung zu bringen. Wenn der Präsident des Abgeordnetenhauses in so auffälliger Weise die private Ansprache des Kaisers in die Oeffentlichkeit brachte, so geschah das nur in der Absicht, den Eindruck zu verwischen, den sie selbst empfangen hatten. Je sicherer sie wußten, daß der Kaiser in Wirklichkeit durch das alle Autorität erschütternde Treiben der Kanalrebellen und der alldeutschen Englandhasser verstimmt sei, umsomehr lag den Betroffenen daran, die Schuld auf andre abzuwälzen und bei dieser Gelegenheit selber Proben ihrer unwandelbaren loyalen Brunst abzulegen.

Indessen das Manöver scheint seine Wirkung verfehlt zu haben, und so bringt denn heute die „Deutsche Tageszeitung" einen furchtbar lärmenden und ungeniert drohenden Artikel über die „innere Krisis", in dem das tiefe Mißtrauen sich äußert, ob denn den Wünschen der Brotwucherer völlig Rechnung getragen werden würde. Das Organ des Bunds der Landwirte schreibt in zornvollem Drang:

„Wenn wir recht unterrichtet sind, hat sich in den letzten Tagen an einigen Regierungsstellen **ein Umschwung der Anschauungen in der Zollfrage** vollzogen, der Schlimmes befürchten läßt. Nach den bisherigen Erklärungen mehrerer Minister, Staatssekretäre und besonders des Reichskanzlers durfte man sicher erwarten, daß die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft in dem neuen Zolltarife und Zolltarifgesetze gebührende Berücksichtigung finden würden. Die Erklärungen des Reichskanzlers waren zwar allgemeiner Art, ließen aber doch nur die eine Deutung zu, daß der Landwirtschaft ein gesicherter und wesentlicher erhöhter Zollschutz für ihre Erzeugnisse gewährt werden solle. Uns wird nun mitgeteilt, daß **von einem Reichsamt, das dem Reichskanzler besonders nahe steht, Vorschläge für die Gestaltung des Zolltarifs gemacht worden seien, die mit diesen Erklärungen des Reichskanzlers nicht vereinbart werden können.** Die Entscheidung wird vermutlich in der nächsten preußischen Staatsministerialsitzung erfolgen, die dem Vernehmen nach über die Gestaltung des dem Bundesrat vorzulegenden Zolltarifs und Zolltarifgesetzes Beschluß fassen wird."

Unter dem dem Reichskanzler nahestehenden Ressort ist anscheinend das Reichs-Schatzamt zu verstehen, das der den Agrariern stets verdächtige Herr v. Thielmann verwaltet. Um einen Umschwung handelt sich also nicht, weil der Reichskanzler bisher augenscheinlich selbst keine Stellung zu den Einzelheiten der Handelspolitik genommen hat. Wahrscheinlich hat man jetzt eingesehen, daß man sich nicht auf einen Doppeltarif einlassen könne, mit dem sich Handelsverträge überhaupt nicht machen lassen. Kautsky nennt in seiner Schrift über die „Handelspolitik" mit Recht den Doppeltarif das auserlesene Mittel einer gewaltthätigen Handelspolitik. „Der Doppeltarif ist ausersehen, die Vorteile des autonomen Tarifs mit denen der Handelsverträge, der Heraufschraubung des Schutzzolls im eigenen Lande und seiner Herabsetzung im Auslande zu erlangen. Es werden zwei Tarife autonom festgesetzt, ein Minimaltarif und ein Maximaltarif. Der Minimaltarif enthält die Zollsätze, die die Interessenten für unentbehrlich zu ihrem Schutz halten. Während sonst bei Handelsverträgen die Unterhändler nicht gebunden sind, ist hier von vornherein eine Grenze festgesetzt, unter die sie mit ihren Konzessionen nicht herabgehen dürfen, und da diese Grenze eben einseitig ohne jede Rücksicht auf die andre Seite festgesetzt ist, fällt sie in der Regel so hoch aus, daß dadurch Verhandlungen von vornherein aussichtslos werden. Da soll nun der Maximaltarif helfen, den Gegner mürbe zu machen. Wer auf Grundlage des Minimaltarifs keinen Vertrag abschließen will, auf den findet der Maximaltarif Anwendung, dessen Sätze gewaltig hinaufgeschraubt sind. Das ist sehr schlau ausgedacht, hat aber in der Praxis regelmäßig schlechte Folgen für den Staat gehabt, der dies System in Anwendung brachte. Denn es heißt nichts Andres, als daß ein Staat sich anmaßt, einem andren die Bedingungen eines Friedensschlusses zu diktieren, ehe es noch einen Kampf gegeben hat. Das Resultat ist natürlich nicht der Friedensschluß, sondern der Zollkrieg, eine Art Krieg, die unheilvoll für beide Beteiligten ist, weil sie bloß dem lachenden Dritten nützt. Frankreich ist das gelobte Land des Doppeltarifs und der aus diesen erwachsenden Zollkriege — mit der Schweiz, mit Italien, mit Spanien — in keinem dieser Kriege hat es Lorbeeren geerntet."

Die Agrarier sind bei einem Zollkrieg die Dritten, welche die Kriegskosten, die den Völkern aufgelegt sind, einsacken. Sie sind im innersten überhaupt Gegner aller Handelsverträge, darum liegt ihnen am meisten an einem Doppeltarif, der einerseits es den Unterhändlern unmöglich macht, unter den Minimalsatz in den Konzessionen herunterzugehen, andrerseits mit peinlicher Sicherheit zu dem von allen Agrariern gesegneten, preissteigernden Zollkrieg führt.

Da nun aber die Industrie, auch die schutzzöllnerische, unbedingt Handelsverträge braucht, so ist begreiflich, daß die Regierung davor zurückschrecken muß, die extreme Lieblingsforderung der Agrarier zu erfüllen. Wenn man auch die Interessen der Konsumenten, der Arbeiter, leichten Herzens der Landwirtschaft des Junkertums opfern möchte, Handel und Industrie lassen sich nicht mehr so leicht vernachlässigen. Daher ist der von der „Deutsch. Tagesztg." bejammerte „Umschwung" wohl zu erklären. Der Doppeltarif ist in Gefahr, und die „Deutsche Tagesztg." ruft deshalb, den Dreschflegel schwingend, alle ihre Mannen auf die Barrikade. Sie erklärt, die Autorität der Regierung werde aufs schwerste gefährdet, wenn sie sich der agrarischen Begehrlichkeit nicht unterwirft. Auch die Stellung des Reichskanzlers werde die schwerste Erschütterung erfahren.

Dann sucht das Blatt die Regierung durch die Folgen einer Reichstagsauflösung einzuschüchtern, und in der Aufregung entschlüpft ihm da ein nettes Geständnis:

„Man erzählt sich, daß es innerhalb der Regierung Kreise gebe, die mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung und einer Neuwahl unter der Parole: „Wider den Brotwucher!" rechnen. Das können wir nicht glauben. Es sträubt sich alles in uns dagegen, ernste Regierungskreise einer solchen Kurzsichtigkeit für fähig zu halten. Gesetzt den Fall, der Reichstag lehnte einen Zolltarif und ein Zolltarif-Gesetz, die den berechtigten Ansprüchen der Landwirtschaft und der Industrie nicht genügten, ab und verfiele deshalb der Auflösung, welche Stellung müßte dann die Regierung in dem Wahlkampfe einnehmen? Sie würde sich nicht nur gegen die gesamte Rechte, sondern auch gegen die nationalliberale Partei und auch im großen und ganzen gegen das Centrum wenden müssen, sie würde andrerseits zur Unterstützung des Freisinns und der Socialdemokratie gewissermaßen verpflichtet und thatsächlich gezwungen sein. Man braucht diesen Gedanken nur einigermaßen auszudenken, um sofort zu erkennen, eine wie gewaltige innere Krisis, eine wie schwere Erschütterung der Regierungsautorität mit einer solchen Reichstagswahl verbunden sein müßte. Und was würde das thatsächliche Ergebnis sein? **Die Zahl der socialdemokratischen Abgeordneten würde zweifelsohne wesentlich wachsen.** Es ist nicht unmöglich, daß der Freisinn annähernd in seiner jetzigen Stärke wiederkehrte. Das Centrum würde jedenfalls seinen Bestand behaupten; aber es würde weit agrarischer werden, als es jetzt ist. Am schwersten geschädigt würden die Mittelparteien und die sog. „maßvollen" Kreise der Rechten. Sie würden durch Agrarier der schärfsten Tonart ersetzt werden. Eine Mehrheit für ihren Standpunkt würde die Regierung sicher nicht erlangen. Die innere Krisis würde also in Permanenz erklärt werden.

Das ist eine lustige Drohung! In seinem Zorn gesteht das Blatt zu, daß eine Reichstagswahl unter der Parole des Brotwuchers die socialdemokratische Partei verstärken würde; darin liegt das Zugeständnis, daß sich die agrarische Politik gegen die Arbeiterschaft wendet. Auf der andren Seite ist es sehr komisch, daß die Agrarier darin ein Schreckmittel sehen, daß sie selbst in verschärfter Qualität in den Reichstag einziehen könnten; die Oertel, Hahn und Wangenheim benutzen also ihre eignen Anhänger als Erpresser wider die Regierung.

Mit aufgeblasenen Backen schreit die „Deutsche Tageszeitung" endlich den schlotternden Regierungsleuten zu:

„Es handelt sich bei der bevorstehenden Entscheidung nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie um das Schicksal der deutschen Landwirtschaft, sondern auch und in ganz besonderem Maße um die Autorität der Regierung und **die Zukunft des Reichs.**"

In diesem Drohruf steckt eine Wahrheit. Die Entscheidungen, denen wir entgegengehen, bestimmen allerdings die Zukunft des Reichs. Es handelt sich in der That darum, ob das Deutsche Reich sich unter das Joch des rückständigen Junkertums beugt, ob es das arbeitende Volk den schwersten Bedrängnissen ausliefert, die wirtschaftliche Entwicklung jäh unterbindet, oder ob es in freiere Bahnen einlenkt, die Möglichkeit gewährt, ohne allzu verheerende Erschütterungen eine glücklichere Entfaltung der Volkskräfte zu ermöglichen.

Nicht das gilt es, daß die Autorität der Regierung erschüttert werde — was ist eine Autorität, die von der Gnade der Junker abhängt! — sondern daß die Regierung vielmehr versucht, sich Autorität zu erwerben.

Indessen, wir haben nicht den Beruf, Berater der Regierungen zu sein. Wir verlassen uns in dem Kampf gegen die Brotwucherer auf niemand wie auf uns selbst! Denn das eine wissen wir ohnehin: mag auch die Regierung die extremen unerfüllbaren Wünsche der Agrarier nicht anerkennen, auch auf der beliebten Bülowschen „Diagonale" läßt sich noch so viel Agrarisches ermöglichen, und wird so viel Agrarisches gewährt werden, daß die Arbeiter auch gegen diese „mittlere" Handelspolitik sich auflehnen müssen.

Die Notrufe und Schreckschüsse der Agrarier sind keineswegs für uns Anlaß, die Waffen niederzulegen. Im Gegenteil! Die agrarischen Kompromisse sind eher noch gefährlicher als die agrarischen Exzesse, weil jenen die Verwirklichung möglich ist, die diesen versagt ist. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. März.

Das Herrenhaus

hat am Mittwoch eine große Reihe von Eisenbahnberichten durch Kenntnisnahme erledigt und eine Anzahl von Vorlagen, meist lokalen Charakters, debattelos angenommen. Ebenfalls zur Annahme gelangte der der Kommission zur Vorberatung überwiesene Antrag des Grafen Klinckowström auf Verstaatlichung der ostpreußischen Südbahn, obwohl die Regierung sich dagegen ausgesprochen hatte.

Am Donnerstag beginnt die Etatsberatung. —

Material für den Kriegsminister.

So sehr sich auch unsre Patrioten bemühen, das Treiben der Kalkhelden in China zu beschönigen, die in den Hunnenbriefen hunderfältig wiederholten Selbstzeugnisse der Soldaten zu entkräften, — die Thatsachen lassen sich nicht weggaukeln, und die Wahrheit über diesen Krieg der christlichen Kultur läßt sich nicht niederknallen wie ein unwehrhafter Chinese.

Nachdem die Soldateska zu Tausenden Chinesenleichen produziert, scheint es, als ob die Pioniere der vereinigten Kulturnationen, nachdem die Boxerjagden beschränkt worden, jetzt gegeneinander die Civilisation anwenden. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" — also ein thakifrömmstes Organ — übermittelt eine Meldung des amtlich bedienten englischen Telegraphenbureaus Reuter aus Tientsin, wonach am 24. März abends in Tientsin eine Schlägerei unter Leuten von verschiedenen Kontingenten stattfand. Dabei wurden **zwei Mann von den Wales-Füsilieren und einer von dem Corps aus Victoria, welche Polizeidienst verrichteten, mit Säbeln und Bajonetten niedergemacht. Die Deutschen,** fährt die Meldung fort, **waren die Hauptschuldigen.**

Es mag dahingestellt sein, ob das Bureau Reuter Recht hat, wenn es die Deutschen zu den Hauptschuldigen macht. Wir halten es für das wahrscheinlichste, daß die verschiedenen Mitglieder der Khaki-Internationale durchaus aneinander gleich kommen. Andrerseits gehören diese häuslichen Zwistigkeiten unter den glorreich Vereinigten bei weitem nicht zu den schlimmsten der Vorgänge in China. Vom Standpunkt der Menschlichkeit und Gerechtigkeit — „Papierwerte", die ja auf dem Kurszettel der weltpolitischen Spekulanten gestrichen sind — ist es immerhin ein anerkennenswerter Fortschritt, wenn die europäischen Soldaten, anstatt auf die nicht widerstandsfähigen Chinesen zu pürschen, jetzt ihre kriegerischen Begierden aneinander messen.

Die „Rheinisch-Westf. Ztg." behauptet übrigens, das deutsche Auswärtige Amt habe dem Wolffschen Telegraphenbureau verboten, diese vom englischen Reuterbureau stammende Mitteilung vollständig wiederzugeben. Graf Bülow habe ein Interesse daran, daß dem deutschen Volke die eigentliche Meinung der Engländer über die Deutschen im Interesse der englischen Freundschaft möglichst verborgen gehalten werde.

Noch auf andres Material erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn v. Goßler zu lenken. Am Sonntag vor acht Tagen veröffentlichte ein bürgerliches Blatt, der „Liegnitzer Anzeiger", einen Hunnenbrief von ganz besonderem Interesse; er stammt von einem sächsischen Unteroffizier, einem ehemaligen Einjährig-Freiwilligen, und ist am 6. Januar 1901 in Peking geschrieben. Das Schreiben stellt eine Antwort dar auf eine Anfrage aus der Heimat, ob denn die in den veröffentlichten Hunnenbriefen mitgeteilten Schrecknisse den Thatsachen entsprächen. Der Unteroffizier bestätigt nun, unter Anführung entsetzlicher Einzelheiten, in ruhiger, gebildeter Weise, was die Hunnenbriefe über die versittlichenden Wirkungen des Civilisationskriegs in China berichtet haben. Es geht aus ihm hervor, daß die deutschen Kriegsbehörden scharf eingegriffen haben, um „Ausschreitungen" zu begegnen, aber der Unteroffizier erklärt diese Ausschreitungen — bestätigt werden auch die schon bekannten grauenhaften Exzesse in einem chinesischen Bordell — ganz rechtig aus den Gewohnheiten des Kriegs.

Wenn wir die Aufmerksamkeit des Kriegsministers gerade auf diesen Brief lenken, so geschieht das besonders deshalb, weil in ihm, der sonst durchaus den Eindruck nicht übertreibender nüchterner Urteilsfähigkeit macht, behauptet wird, **„daß schon so viele Kameraden kriegsgerichtlich erschossen worden seien".** Der Kriegsminister wird nicht umhin können, sich über diese Behauptung, die die größte Beunruhigung unter den Angehörigen der Soldaten hervorrufen muß, schleunigst zu äußern. Sollte wirklich ein Teil der auf der Verlustliste genannten Soldaten in solcher Weise zu Tode gekommen sein? Es ist einigermaßen auffällig, daß die Behörde nicht sofort Anlaß genommen hat, den Fall zu untersuchen, da die erwähnte Briefstelle schon vor längerer Zeit in einem im übrigen tendenziös gekürzten Auszug desselben Schreibens durch ein „nationales" Zittauer Blatt bekannt geworden ist.

* * *

Trotz der Klagedrohungen des Kriegsministers hat sich ein konservatives Organ, die „Flensburger Nachrichten", einen Brief des Unteroffiziers Wilh. Petersen aus Wanderup neuerdings zu veröffentlichen erlaubt. Der Brief ist vom 29. November datiert und enthält bereits bekannte Stellen:

Am 22. hatten wir Biwak bei An-shing (?) und am 23. in Tung. Hier konnte man die schauderhaftesten Bilder sehen. — Auf den Straßen war wohl an jeder dritten Hausthür ein Chinesenkopf angebunden (das hatten die Russen ausgefressen). Es ist ein schaudernder Anblick, aber man gewöhnt sich daran; **wenn man selbst in Gefahr kommt, schneidet man dem tückischen Chinesen gerne noch mehr wie den Kopf ab!** Am 24. August kamen wir in Peking an. Auch hier begegnete man allen möglichen Elementen und Bildern. Zunächst mußte die Ruhe in den Straßen hergestellt werden, denn Hunderte von Chinesen trieben sich sengend und plündernd umher. Die 4. Compagnie hatte bei einem Streifzug **72 Chinesen** mitgebracht, die auch geräubert hatten.

Sie mußten erst eine Grube herstellen, ihr eignes Grab — und wurden dann alle erschossen. Das war wieder ein grausiges Bild, denn einigen flog der Kopf in zwei Stücken auseinander."

Wie man in einem genommenen chinesischen Forts wirtschaftete, beweist folgende Stelle:

„Die Thore waren gesprengt, und mit Hurra ging es ans Werk. Das Schießen wurde eingestellt und mit dem Bajonett mußten wir uns den Weg bahnen. **Ihr könnt's Euch nicht vorstellen, wie da getobt wurde;** ein allgemeines Handgemenge entspann sich — wohl manche Chinesenseele hat dran glauben müssen. Auf der Mauer suchten die Chinesen zu entfliehen; mancher wurde die 30 Meter hohe Mauer heruntergeworfen und vergaß das Wiederkommen. . . .

Abends herrschte in unsrem Lager, trotz der schrecklichen Mordscenen, die man gesehen, **ganz vergnügte Stimmung."**

Der Name ist genannt, man kann also leicht diesen Fall von veredelnder Wirkung des heiligen Kriegs untersuchen.

* * *

Ueber **Greuelthaten der Verbündeten in China** berichten besonders japanische Blätter. So schildert ein Kriegsberichterstatter der „Rivoku Shinpo" eines in Tokio erscheinenden Blatts

— nach einer der „Frankfurter Zeitung“ aus New York übermittelten Uebersetzung die Scenen, die bei der Eroberung von Tung Tschau vorgefallen sind — einer bedeutenden Stadt, welche von den Verbündeten kurz vor der Einnahme Pekings besetzt wurde. Auf Befehl der Mandarinen verabreichten die Einwohner den Fremden sogar Nahrungsmittel. Aber ihre Zuvorkommenheit wurde übel vergolten. **Die europäischen Soldaten plünderten, mordeten und brannten rechts und links.** Nach **amtlichen Berichten der japanischen Truppenabteilung,** welche von dem Gros als eine Art Polizei zurückgelassen worden war, **wurden 573 Frauen und Mädchen,** die sich den Wünschen der Fremden nicht fügen wollten, **direkt umgebracht oder doch zum Selbstmord getrieben.** Die meisten dieser Unglücklichen ertränkten sich vor den Augen ihrer Verfolger in Brunnen. Der Korrespondent beschreibt folgende Scene, die er selbst mit angesehen habe:

„Am 17. August machte ich einen Gang durch die Stadt. Auf allen Seiten sah ich Leichen auf den Straßen liegen. Plötzlich bemerkte ich vier Franzosen, darunter einen Offizier, die in größter Aufregung aus einem Hause kamen. Sobald sie fort waren, trat ich in das Haus ein und fand zwei Kulis, welche mit Einpacken beschäftigt waren. Dieselben erklärten, sie seien von den vier Franzosen gemietet worden, alles was sie sähen und irgend einen Wert repräsentiere, für sie einzupacken. Die Franzosen hatten zwei Mädchen entdeckt und sie bis in das Haus verfolgt. Diese Mädchen waren aus Canton, und konnten, da dort nicht die Fußverstümmelungs-Mode herrscht, schnell laufen. Es war ihnen aber nicht gelungen, den Verfolgern zu entkommen. Sie waren schließlich in ein Zimmer des Hauses gestoßen worden. Die Franzosen hatten **die armen Geschöpfe nicht sich gefügig machen können und sie schließlich durch Bajonettstiche getötet. Ich fand sie in ihrem Blute schwimmend, fast nackend: zwei junge Dinger von vielleicht sechzehn bis zwanzig Jahren. Alle Wertsachen, Armbänder, Ohrringe, Ringe waren den im Todeskampfe liegenden Mädchen entrissen worden.**“

Die Berichte andrer Korrespondenten zeigten eine Reihe ähnlicher Vorkommnisse. In einem Leitartikel, in welchem diese Vorfälle besprochen werden, wird erklärt, die Russen und die eingeborenen Truppen der Engländer seien die brutalsten, während die Deutschen sich vornehmlich in sogen. Strafexpeditionen hervorthäten, bei denen sie große Strenge zeigten.

Der Dreibund. Besonders in Italien sind gegen die Fortführung der Dreibundspolitik in letzter Zeit wieder lebhafte Bedenken und Proteste laut geworden. Auch einige Aeußerungen des Ministerpräsidenten Zanardelli sind so aufgefaßt worden, als beabsichtige die italienische Regierung, besonders infolge der agrarischen Zumutungen Deutschlands in den handelspolitischen Fragen, vom Dreibund abzurücken und sich an Frankreich anzuschließen. Dazu kommt, daß demnächst eine gemeinschaftliche französisch-italienische Marineschau im Hafen von Toulon stattfinden soll. Zu diesen Vorgängen nimmt jetzt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einer offiziösen Note das Wort, indem sie die in Italien stattgehabten Erörterungen diplomatisch nach Paris verlegt, wo doch nur das Echo der italienischen Vorkommnisse laut geworden war. Die Note, die augenscheinlich nicht nur zur Beseitigung irriger Auffassungen in der Presse, sondern zur Befestigung der Dreibunds-Beziehungen bestimmt ist, lautet:

„Der Dreibund ist, namentlich in der Pariser Presse, in letzter Zeit zum Gegenstand vieler, aber meist unzutreffender Erörterungen gemacht worden.

Zunächst kann konstatiert werden, daß die Verbündeten Italiens zu keiner Zeit diesem Bedingungen oder auch nur Wünsche wegen der Verwendung der italienischen Armee auferlegt haben.

Ferner läßt der Dreibundvertrag allen drei Verbündeten volle Freiheit hinsichtlich der Festsetzung ihrer Land- und Seestreitkräfte. Falls einer der Verbündeten eine Verminderung seiner Armee durch seine eignen Interessen für geboten hielte, würde dies weder dem Geist noch dem Buchstaben des Vertrags widersprechen. Jeder der drei Teilnehmer am Dreibunde hat, sowohl für sich, wie auch für die beiden Verbündeten, an dem Grundsatze festgehalten, daß die Bestimmung der Heeresstärke lediglich eine innere Angelegenheit des betreffenden Staates ist.

Es ist zeitgemäß, auch diese Thatsache hervorzuheben gegenüber der von manchen Seiten geflissentlich verbreiteten Legende, daß die finanziellen Schwierigkeiten Italiens mit den vom Dreibunde auferlegten Verpflichtungen zusammenhängen. Solche Verpflichtungen giebt es nicht.“

Es ist sehr zu bezweifeln, ob diese Mitteilungen geeignet sind, die italienischen Verstimmungen zu beseitigen, die — soweit es sich um italienische Regierungskreise handelt — ihren Anlaß in der agrarischen Handelspolitik oder richtiger Nicht-Handelspolitik Deutschlands haben. Gerade unsre nationalen Patrioten, die stets den hohen Wert des Dreibunds für Deutschlands Sicherheit verkündet haben, sind jetzt im Bunde mit der Regierung des Grafen Bülow eifrig am Werke, durch eine selbstmörderische Junkerpolitik auch die auswärtigen Beziehungen des Reichs unheilvoll zu verwirren.

Die Sorge der Hausagrarier.

Die geringen Ansätze zur Beseitigung der Wohnungsnot, der dem preußischen Landtage zugegangene Gesetzentwurf betr. Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. und die bayerische Verordnung betr. die Wohnungsaufsicht, bereiten den Hausagrariern große Schmerzen. Ihr Fachblatt, die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ erblickt darin die „ersten socialistischen Vorstöße gegen das private Eigentum und die persönliche Freiheit“. So weit ist es also gekommen, daß selbst das preußische Herrenhaus, das bekanntlich der Frankfurter Vorlage bereits seine Zustimmung erteilt hat, den socialdemokratischen Umtrieben Vorschub leistet! Wehe dem Staate! Sein Untergang wäre besiegelt, wenn nicht die Hausagrarier sich zu seiner Rettung erhöben und wie ein Mann Front machten gegen jene „falschen Freunde des Volks“, die Unzufriedenheit und Verlangen nach Genuß und falschem Schein ins Volk hineintragen, die sich einbilden, mit Aeußerlichkeiten, mit feinen Kleidern und schönen Wohnungen die unteren Volksschichten auf eine höhere Kulturstufe heben zu wollen. Das bedeutet nach Ansicht des Organs der Hausagrarier einen „Schritt direkt in den Zukunftsstaat hinein.“ „Denn das ist das Bedauerliche unseres heutigen Lebens nicht, daß das Volk hie und da schlecht wohnt, sondern, daß weiten Schichten desselben das Streben, das Bedürfnis mangelt, besser zu wohnen, daß zahlreiche Menschen im leiblichen Genuß, in Befriedigung der niedrigsten Instinkte des Lebens Ideal erblicken, statt in der Enthaltsamkeit und Sparsamkeit.“ Die gütigen Hausagrarier! Nicht aus Selbstsucht, nicht um sich die Taschen zu füllen, treiben sie die Mieten in die Höhe, sondern — im Interesse der Kultur; denn wenn man den Menschen die schöne Wohnung hübsch mundrecht und bequem auf dem Präsentierteller entgegenbringt, so erstickt man dadurch jedes Streben, jeden Wunsch nach eigner kultureller Fortentwicklung.

Besonders angethan hat es den Hausagrariern die bayrische Verordnung, in welcher sie einen Eingriff in ihre Hoheitsrechte erblicken. Nicht der hausbesitzerliche Standpunkt treibt sie natürlich in die Opposition, sondern die Rücksicht auf Recht und Gesetz und deren gerechte Anwendung.

„Was wird nicht heute alles geklagt“, so jammert ihr Organ, „über die Verrohung der unteren Klassen, über die Lockerung der Sitten, über die Profanierung der heiligsten Dinge und Gefühle! Thron und Altar, Eigentum und Familie, Gesetz und Ordnung erachtet man in Gefahr. Statt nun aber alles das sorgsam einzuhegen mit einem Wall von rechter Herzens- und Gemütsbildung, statt die Pflanzstätte aller Zucht und Sitte, die Familie, aufs festeste zu umfriedigen und mit Bollwerken gegen alle umstürzlerischen Versuche, mit Mauern gegen das Eindringen von Trivialität und Lasciviät zu versehen — statt dessen reißt man auch die letzte Wehr der Familie, das Hausrecht, nieder, und giebt ihre ganze Intimität, die Heiligkeit ihrer unschuldigen Freuden und ihres lebenspendenden Friedens den Augen der Polizei preis. Da wird man allerdings geneigt, an die Entartung des deutschen Volks und die Voraussicht seines Untergangs zu glauben, denn finis familiae — finis Germaniae!“ (Mit dem Zusammenbruch der Familie stürzt auch das Deutsche Reich zusammen.)

Was wird das hausagrarische Blatt erst in den Hundstagen zusammenschreiben! Mildernd dürfte höchstens ins Gewicht fallen, daß der Redacteur anscheinend den Kopf verloren hat über die Bäckereiverordnung, denn in derselben Nummer wird versucht, den Bundesrat zur Aufhebung dieser Verordnung zu veranlassen, da den Hausbesitzern im Fall der Aufrechterhaltung derselben nicht unbeträchtliche Umbauten und Veränderungen in den Bäckereigrundstücken zugemutet werden dürften.

Wie wäre es, wenn die notleidenden Hausagrarier nach berühmtem Muster einmal im Cirkus Busch eine Vorstellung veranstalteten! An zugkräftigen Clowns dürfte es ihnen kaum fehlen. —

Die Kommission für Arbeiterstatistik wird voraussichtlich im Mai zusammentreten. Sie wird sich mit drei verschiedenen Untersuchungen zu beschäftigen haben: über die Arbeitszeit der im Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen, über die Arbeitsverhältnisse der im Fleischergewerbe Beschäftigten und über die in Comptoiren beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Zur Einleitung der Erhebungen über letztere Frage hat ein Ausschuß der Kommission einen Fragebogen ausgearbeitet, der dem über die im Jahre 1898 veranstaltete Untersuchung für die in offenen Verkaufsstellen beschäftigten Personen entspricht, nur sind an Stelle der Fragen über die Kündigungsfristen Fragen über etwa bewilligten Sommerurlaub aufgenommen. Es scheinen, wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ hört, an maßgebenden Stellen Erwägungen darüber zu schweben, die Kommission für Arbeiterstatistik zu einer erweiterten Organisation auszubauen.

Rentable Opfer. Freiherr v. Stumm hat, der „Trier. Ztg.“ zufolge, ein Vermögen von 85 Millionen hinterlassen.

Die eifrige Förderung von Heer und Marine hat demnach dem Freiherrn v. Stumm nicht geschadet. Und auch seine viel gepriesenen „Wohlfahrtseinrichtungen“ für „seine“ Arbeiter haben ihn nicht an den Bettelstab gebracht. In den Nekrologen las man viel von dem Opfersinn des Toten. Jetzt kann man den Erfolg der fortwährend von ihm gebrachten „Opfer“ ermessen: 85 Millionen Reingewinn! —

Das Streikrecht der sächsischen Bergarbeiter. Wie das „Zwickauer Volksblatt“ erfährt, wurden die beim letzten Bergarbeiterstreik in Sachsen gemaßregelten Bergarbeiter mit ihrer Klage gegen die Knappschaftskasse auch vom Reichsgericht abgewiesen. Es handelt sich bekanntlich darum, daß die streikenden Bergleute wegen angeblich unbefugten Verlassens der Arbeit entlassen wurden, und daß ihnen darauf die Knappschaftskasse die Rückzahlung der von ihnen selbst geleisteten Beiträge, die bei einzelnen bis zu **1000** M. betrugen, verweigerte.

Es ist demnach als Recht anerkannt, daß sächsische Bergarbeiter für „unbefugtes“ Streiken mit hohen Strafen belegt werden können. Das liegt ganz in der Hand der Unternehmer. Wer ohne Urlaub streikt, kann unter Verlust seiner Kassenbeiträge entlassen werden; wer das nicht riskieren will, darf nicht streiken, falls ihm der Unternehmer keinen Urlaub bewilligt. —

Die Edelsten des Kapitalismus. Die Fürsten und die Grafen Henckel von Donnersmark sind in Gemeinschaft mit der Stadt Beuthen und ein paar andren Personen Besitzer der Zinkerzgrube „Aufschluß“ und zwar verfügen sie über die Mehrheit der Kuxen.

In welcher Weise nun die genannte Familie ihre persönlichen Interessen gegenüber denen ihrer Mitbesitzer vertritt, das geht aus einer Sitzung der Beuthener Stadtverordneten hervor, über die in der „Tägl. Rundschau“ berichtet wird.

Der Fürst Henckel und die Grafen Henckel sind auch beteiligt bei andren Zinkgruben. Um nun bei diesen letzten Zinkgruben einen desto höheren Gewinn zu erzielen bei der günstigen Zinkkonjunktur, veranlaßten sie bei der Zinkgrube „Aufschluß“ einen Mehrheitsbeschluß der Versammlung der Gewerke zur Einstellung des Betriebs unter lebhaften Protesten der andren Kuxenbesitzer, insbesondere auch der Stadt Beuthen. Die benachteiligten Kuxeninhaber verklagten die Majoratswerke vor Gericht. Die Sachverständigen erkannten an, daß die Einstellung des Betriebs bei Beginn einer glänzenden Zinkkonjunktur eine durchaus unwirtschaftliche Maßregel bedeute und deshalb zum Schaden der Gewerkschaften gereiche. Darauf hob das Landgericht den Gewerkschaftsbeschluß auf. Der Repräsentant der Grube aber, ein Bergrat Hillebrandt, der zugleich anderweitig im Dienst der Majoritätsgewerke stand, lehnte es gleichwohl ab, die Grube wieder in Betrieb zu setzen, auch als dieserhalb Geldstrafen gegen ihn festgesetzt wurden. Als dann das Landgericht Haftstrafen gegen ihn festsetzte zur Ausführung des Gewerkschaftsbeschlusses, legte er sein Amt nieder und entzog sich damit der Vollstreckung des Beschlusses. Dieselbe Majorität aus der Familie Henckel lehnte in einer erneuten Gewerkversammlung darauf den Beschluß ab, den Grubenbetrieb zu eröffnen. Wiederum ist dieser Beschluß durch das Landgericht im Januar 1901 aufgehoben worden.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Beuthen hat nun eine Resolution gefaßt, das Prozeßmaterial an geeigneter Stelle zur Abänderung der Gesetzgebung zum wirksamen Schutz gegen die Majoritätsgewerke zu benutzen und den Magistrat zu ersuchen, unter Darlegung des illoyalen Verhaltens die Herren Grafen Henckel um Abhilfe anzugehen.

Adel verpflichtet! —

Die Umstürzler an der Ordnungsarbeit. Aus Elsaß-Lothringen wird uns vom 26. März geschrieben: Die Socialdemokratie der Stadt Mülhausen — dieselbe, die man nach dem Schlumbergerschen Wahlsieg im Sommer vorigen Jahres von bürgerlicher Seite für völlig überwunden erklärte — hat im Verlaufe der letzten Woche eine Reihe recht kräftiger Lebenszeichen von sich gegeben. Sie ist nämlich an der Arbeit, den Augiasstall zu säubern, in den das klerikale Parteiregiment auf dem Rathaus die städtische Verwaltung verwandelt hat. Bereits vor einigen Wochen hatte die Angelegenheit des klerikalen Stadtrats Lampert im ganzen Land Aufsehen erregt, der, wie ihm gerichtlich nachgewiesen werden konnte, den städtischen Fiskus durch unlautere Schiebungen bei Grundstückserwerbungen um etwa 10 000 Mark geschädigt hat. Schon des öfteren hatten sich in letzter Zeit von socialistischer Seite einberufene Bürgerversammlungen mit der Mißwirtschaft Mülhausens beschäftigt, wobei sich die früher der socialdemokratischen Partei angehörigen Stadtratsmitglieder Bueb und Hickel der Kritik unsrer Genossen anschlossen. Dies erregte den Groll der klerikalen Presse, die sich die Reinwaschung ihrer so schwer kompromittierten Parteifreunde besonders angelegen sein läßt und dabei aus dem Zwist zwischen der socialdemokratischen Partei und deren früheren Mitgliedern Bueb und Hickel Vorteil zu ziehen hoffte. Auch die liberale Presse Mülhausens kann den Aerger darüber nicht verbergen, daß ihre Spekulation auf die Zerwürfnisse im Lager ihrer socialistischen Gegner sich beim Versuch einer Vertuschung des kommunalen Panama als verfehlt erwiesen hat. Unsre Mülhauser Parteigenossen werden mit der Bloßlegung der Mißwirtschaft auf dem Rathause fortfahren, und diese Arbeit, die die „Umstürzler“ so hübsch an der Arbeit zeigt, wird, energisch zu Ende geführt, nicht nur am Orte selbst, sondern im ganzen Lande für unsre Parteibewegung von großem Vorteil sein. —

Soldaten-Selbstmord wegen Mißhandlung. In Mülhausen wurde dieser Tage der Dragoner Manger von der 4. Schwadron des dort garnisonierenden Dragoner-Regiments Nr. 22 auf seiner Stube an einem Spind erhängt aufgefunden. Der junge Mann ist Württemberger und diente seit letztem Herbst. Er soll, wie der „Elsässische Volksbote“ mitteilt, von einem Unteroffizier fortgesetzt mißhandelt worden sein und habe, um der Plage zu entgehen, Hand an sich gelegt. Gegen den Unteroffizier ist, wie das genannte Blatt weiter erfährt, eine Untersuchung eingeleitet.

Zum württembergischen Ministerskandal schreibt die Wiener „Neue Freie Presse“:

Im Verlaufe der Voruntersuchungen zu einem Prozesse wegen Gelegenheitsmacherei hat sich nämlich herausgestellt, daß im Sommer vor. Js. der nach dem Rücktritte des Freiherrn v. Mittnacht zum Ministerpräsidenten ernannte damalige Kriegsminister Frhr. Schott v. Schottenstein ein Haus lebhaft frequentiert hat, desgleichen man ein öffentliches zu nennen pflegt. In der Stadt flüsterte man sich schon seit Wochen eine Reihe von Einzelheiten über diese Affaire zu, und die Chronique scandaleuse wurde fast jeden Tag um ein pikantes Detail vermehrt, das sich selbstverständlich in keiner Weise kontrollieren läßt. Sicher ist, daß Versuche gemacht worden sind, den Ministerpräsidenten von der Zeugenschaft in dem genannten Prozeß, der nach Ostern verhandelt werden soll, zu dispensieren, daß diese Versuche aber an der Festigkeit der richterlichen Behörden scheiterten. Noch vor zehn Tagen schien es, als ob die Skandalgeschichte ohne weitere Folgen für die Stellung des Ministers bleiben würde. Da machte das „Frankf. Journal“ Andeutungen über eine in Stuttgart bevorstehende Cause célèbre, die eher eine Cause triste zu nennen wäre. Diese Andeutungen scheinen in den leitenden Kreisen nicht ohne Wirkung geblieben zu sein; man hörte, daß der König seit letztem Sonnabend zu wiederholten Malen sich mit verschiedenen Ministern besprochen habe. . . .

Man hielt den General, welcher im 44. Lebensjahre steht, verheiratet ist und zwei erwachsene Töchter hat, für einen Mann von strengen, gut bürgerlichen Anschauungen über Moral und Lebenswandel, und als er im Januar in einer seiner kurzen Reden in der Kammer den Ausspruch that, daß eben die „Gottesfurcht im Heere“ mehr gepflegt werden sollte, da soll eine sehr hohe Dame im Ueberschwange der Rührung über den „gottesfürchtigen“ Minister-Präsidenten die Aeußerung gethan haben, daß nun endlich der rechte Mann an der rechten Stelle stehe. Es hat sich herausgestellt, daß der Staatsanwalt sich nicht veranlaßt gefunden hat, seiner vorgesetzten obersten Behörde von der Notwendigkeit, den Minister-Präsidenten als Zeugen vorzuladen, Mitteilung zu machen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung in einem Briefe, den er aus dem Gefängnis in Jauer an seine Mutter geschrieben hatte, wurde in Jauer ein 19jähriger Schuhmacher zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Wegen Beleidigung des Kaisers verurteilte die Strafkammer zu Thorn gestern den dort ansässigen Arbeiter August Lange zu einer Strafe von sechs Monaten Gefängnis. —

Der Kriegsminister hat sein Versprechen eingelöst und gegen unsern verantwortlichen Redacteur wegen einer der bürgerlichen Presse entnommenen China-Nachricht Strafantrag gestellt. Die inkriminierte Mitteilung erschien am 5. Dezember v. J. und enthielt die Angabe, daß bei einem Streifzuge der Kolonne des Herrn v. Kettler 22 Boxer zum Tode verurteilt wurden. Was bei diesem Prozeß erreicht werden soll, ist vollkommen unklar, da die Thatsache selbst nicht bestritten wird. Anscheinend will man die Anklage auf einige gleichgültige Nebenumstände stützen. —

Ausland.

Dänemark.

In Kopenhagen haben gestern die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden; sie endeten mit einem großen Siege der Liberalen und Socialdemokraten, deren Liste 15 700 Stimmen auf sich vereinigte, während die Kandidaten der Rechten nur 10 400 Stimmen erhielten.

Frankreich.

Paris, 27. März. Die auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau in der Kommission beschlossene Aenderung des Artikels 17 der **Vereinsvorlage,** nach welcher die Güter der nicht genehmigten Kongregationen zunächst für den Unterhalt der von denselben begründeten Wohlthätigkeitsanstalten sowie für Ruhegehälter der Mitglieder dieser Kongregationen verwandt werden sollen, hat unter den Socialisten lebhafte Verstimmung hervorgerufen. Es heißt, die socialistische Gruppe wolle dem ursprünglichen Wortlaut gemäß beantragen, daß das Vermögen dieser Kongregationen ausschließlich einer zu gründenden Arbeiter-Versorgungskasse zufallen solle. Die regierungsfeindlichen Blätter erklären, daß der Abänderungsvorschlag Waldeck-Rousseaus einem Rückzuge gleichkomme.

Afrika.

Der Boerenkrieg dürfte trotz der in den letzten Tagen gemeldeten Siege der Engländer so bald noch nicht zu Ende sein. Einer Depesche, welche den „Times“ aus Pretoria zugeht und welche besagt, wenn die englische Regierung nicht mindestens 30000 Mann frische Truppen nach Südafrika sende, um die müden Soldaten daselbst abzulösen, dürfte der Krieg noch jahrelang dauern, kann man vollen Glauben schenken.

Ueber die Pest wird aus Kapstadt vom 26. d. M. berichtet: Die Pest gewinnt einen ernsteren Charakter. Der auf die Europäer entfallende Prozentsatz der Erkrankungen wächst. In Simonstown war ein Soldat des Regiments „Königin“ unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt. Jetzt ist bei ihm Pest festgestellt worden. Ebenso sind ein Soldat des ersten irischen Regiments im Lager von Greenpoint und ein Mann der Festungsartillerie an der Pest erkrankt. Ein Marinebeamter ist in Simonstown gestorben. Außerdem sind acht Farbige und zwei Europäer erkrankt, ein Farbiger ist gestorben. —

Die Bewegung in Rußland.

Die in Rußland seit Jahren periodisch wiederkehrenden Studentenunruhen haben diesmal einen ganz besonders gefährlichen Charakter angenommen. Das Gefährliche der Bewegung liegt nicht bloß in der Heftigkeit des Zusammenstoßes, nicht allein in der großen Erbitterung der Studenten, sondern die Gewalthaber sehen nicht mit Unrecht eine ernste Gefahr für sich in dem Umstande, daß die studierende Jugend mehr und offener denn je sich an die Arbeiterbewegung anlehnt und auf sie stützt. Das erfüllt das besitzende Bürgertum mit Besorgnis, und solche „gemäßigte Elemente“ scheinen es zu sein, die — sie geben sich als Professoren und Senatoren — den „Times“ eine Eingabe zusenden, die sich an den Zaren wendet, um von seinem persönlichen Wohlwollen Hilfe zu erbitten. Es sind „treue Unterthanen“, die sich da an den unumschränkten Herrscher aller Reußen wenden. In dem offenen Brief wird darauf hingewiesen, daß trotz der vielen Erhebungen und Untersuchungen über die Mängel des Hochschulwesens, nichts geschehen sei, um die berechtigten Wünsche der Studenten zu erfüllen. „Das Gesetz vom 29. Juni 1899 sieht als Strafe für fernere Beteiligung an Unordnungen die Einreihung in das Heer vor. Diese Maßregel, die nun ausgeführt worden ist, wird schließlich die Bewegung zeitweise niederhalten; es ist indessen unmöglich, ihre moralischen Folgen zu übersehen. Sie unterdrückt, aber sie überzeugt nicht. Auf diese Weise werden die Hitzköpfe unter den Studenten, die von den achtenswertesten Bestrebungen und Gefühlen geleitet wurden, den Reihen der Hochschüler entzogen, ihre Eltern werden plötzlich der Hoffnung und des Trostes ihrer Kinder vielleicht für Jahre beraubt; auf den Rest wird die Maßregel nur den Eindruck machen, den Willkür und Furcht vor der Zukunft immer hervor-

bringen. Durch die Bedrückung werden die besten Triebe ausgelöscht und an ihre Stelle der Einfluß selbstischer Beweggründe gesetzt, der ohnehin schon so mächtig in unserm täglichen Leben ist. Darf in einem selbstherrlich regierten Lande die Stimme treuer Unterthanen verhindert werden, den Herrscher zu erreichen? Und noch in diesem Augenblick halten viele die Unterzeichnung dieses Bittgesuchs für eine That des größten Bürgermuts! Um treu und ehrerbietig ihre Wünsche zur Kenntnis ihres Herrn zu bringen, sind die Unterthanen Eurer Majestät gezwungen, im geheimen zu handeln, damit die Polizei das Gesuch nicht anhält und ableitet, bevor es in die Hände Eurer Majestät gelangen kann." —

Wie wenig die Gewalthaber in Rußland auf die Wünsche der Herren Professoren einzugehen gedenken, zeigt ein Runderlaß des Ministers des Innern im „Regierungsboten". Derselbe richtet sich an die Gouverneure, Stadthauptleute und Oberpolizeimeister und enthält Anweisungen über Maßregeln, die zur Verhütung und Beilegung von Straßenunruhen und zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung zu ergreifen sind.

Die Kosaken.

Einige uns zur Verfügung gestellte Briefe von Petersburger Studentinnen, die Augenzeugen der Vorgänge gewesen sind, geben eine Schilderung über das brutale Vorgehen der Kosaken; die Berichte zeigen auch, welch erbitterte Stimmung in Rußland herrscht. Es heißt dort u. a.: Nach der Demonstration des 19. Februar wurde die Erregung immer stärker und verdichtete sich zu dem Wunsch, eine neue grandiose Demonstration zu veranstalten, die denn auch am 4. März stattfand.

Die Einladungen gingen vom „Bunde der vereinigten Landsmannschaften" aus. Ich stand auf dem gegenüberliegenden Trottoir und sah folgendes. Bald nach 12 Uhr sammelte sich eine große Menge von 8000 Mann auf der Kathedrale; es waren fast ausschließlich Studenten und Studentinnen. Man stand still, denn es war verabredet, gemeinschaftlich zu handeln. Der Student der Forstakademie Dolin bestieg eine kleine Erhöhung (einen Haufen von Schnee) und fing an einen Aufruf vorzulesen. Es ertönte ein lebhaftes „Hurra. In diesem Augenblick erschienen wie aus der Erde gestampft, berittene Polizisten und Kosaken und ritten in die Menge ein. Der unglückliche Dolin, durch einen Nagaikahieb bewußtlos gemacht, wurde an der Stelle niedergeritten. Die roten Kosakenmützen tauchten überall auf, man hörte Schreien und Stöhnen. Ein Bild, das mir bis zum Tode vor Augen bleiben wird. Man suchte die Menge in die Kathedrale hineinzudrängen, wohin auch die Kosaken hinstürzten, einer soll sogar in die Kathedrale hineingeritten sein. Der Geistliche versuchte die Kosaken zurückzuhalten. Sodann wurde die Menge durch die hinteren Straßen in die Polizeireviere gedrängt. Etwa 400 Studentinnen wurden in die „Iwaßkaja Tschast" eingesperrt, wo sie den Tag zubrachten. Nachts wurden sie in das Gefängnis gebracht. Im „Littauschen Schloß" sitzt auch Tugon-Baranowsky und v. Struwe, der eine Kopf- und Fußwunde erlitt. Wir überbrachten ihnen Speise und Kissen. Was mit ihnen und auch mit den Studenten werden soll, ist unbekannt. Es gehen Gerüchte, daß alle nach der Heimat abgeschoben werden. Man beschloß, sie nach „aller Strenge" zu behandeln. Die Heilgehilfinnen-Kurse sind schon geschlossen und alle Studentinnen aus der Stadt ausgewiesen. Jetzt sind auch die Bestuschewsky- und Medizinischen Frauenkurse geschlossen.

Den Arbeitern, die auch an der Demonstration teilnehmen sollten, war durch Militär der Zuzug abgeschnitten worden. Die Volksmassen haben den Studenten offen ihre Sympathie bekundet. Es sind noch in Haft von den Studentinnen: 102 von den Bestuschewsky-Kursen, 90 von den Leshafts-Kursen, 85 Medizinerinnen und die übrigen sind von den andren Frauen-Kursen. Die medizinischen Kurse sollen auf drei Jahre, die Leshaft-Kurse auf immer geschlossen worden sein.

Arbeiterdemonstrationen in Westrußland.

Bjelostock. Während vom Norden, Centrum und Süden Rußlands die Nachrichten kommen, daß die Arbeiterschaft auf die Straßen geht und Hand in Hand mit der russischen Intelligenz gegen die administrativ-polizeiliche Willkür protestiert, erhalten wir jetzt auch vom Westen Rußlands Mitteilungen, die von einem erwachenden Klassenbewußtsein der jüdischen Arbeiter Zeugnis ablegt. Am Sonntag, den 4./17. März, fand eine großartige Demonstration bei der Beerdigung des jüdischen Borstenarbeiters Wisotzky statt. Den an der Proletarierkrankheit verstorbenen Genossen begleiteten zur letzten Ruhestätte **2000** jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Sarg wurde durch die Hauptstraßen der Stadt gefahren, mit einer roten Schleife geschmückt, auf der die Inschrift im jüdischen Jargon zu lesen war: „Socialisten dem Kämpfer für Freiheit."

Auf der Nicolajewskaja Straße neben dem Gefängnisse ertönten revolutionäre Lieder: jüdische, polnische, russische. Zum erstenmal erschienen auf den Straßen Bjelestons rote Schleifen mit revolutionären Inschriften. Es erschallten die Rufe: „Nieder mit dem Absolutismus, es lebe der Socialismus, die politische Freiheit!" Da es Sonntag war, waren die Straßen vom Publikum überfüllt. Das festlich gekleidete Publikum begleitete die Demonstranten bis zum Friedhof. Auf dem Friedhof wurde eine Reihe von flammenden Reden in der jüdischen Sprache gehalten. In einer derselben wurde auf die Ermordung Bogolepows und die letzten Vorkommnisse eingegangen.

Auf dem Rückwege wurden wieder revolutionäre Lieder gesungen; in einem Orte kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei ein Arbeiter verhaftet wurde. Der Eindruck dieser Demonstration auf die Bevölkerung war ein gewaltiger. In vielen nicht proletarischen Kreisen macht sich offene Sympathie für die Arbeiter bemerkbar.

In der kleineren Stadt Homel ist ebenfalls eine Begräbnisdemonstration zu verzeichnen. Der Schneidergeselle Isaak Bierbrach hatte trotz seiner Jugend (27 Jahre) große Verdienste um die Arbeitersache. Einige hundert Genossen gaben ihm das letzte Geleit. Auf dem Friedhof wurden Reden gehalten. Die Polizei schritt seltsamerweise nicht ein.

Partei-Nachrichten.

Zum Posenschen Provinzial-Parteitag teilt uns die Agitationskommission der Provinz Posen mit, daß ein endgültiger Termin für die Abhaltung des Parteitages noch nicht festgestellt sei. Auch sind dem Komitee noch keine Anträge auf Auflösung der polnischen socialistischen Partei und deren Anschluß an die deutsche Partei bekannt.

Wir hatten die Nachricht einem andren Parteiblatt entnommen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Vergehens gegen § 35 der Gewerbe-Ordnung** war der Arbeitersekretär Genosse Gogowski in Posen vom dortigen Schöffengericht zu 3 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er soll seinen „Gewerbebetrieb als Rechtskonsulent" nicht angemeldet haben. Auf die eingelegte Berufung erfolgte am Dienstag vor der Strafkammer Freisprechung. Der Gewerbebetrieb wurde nämlich vom Schöffengericht darin gefunden, daß Gogowski als Leiter des Arbeitersekretariats an Ratsuchende unentgeltlich Auskünfte erteilte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

Schon seit einigen Wochen stehen die Arbeiter der mechanischen Schuhwarenfabriken in einem erbitterten Kampf gegen das vereinigte Unternehmertum. Der Umstand, daß die Arbeiter von acht Fabriken minimale Lohnforderungen stellten, veranlaßte die Unternehmer unter dem Vorwand, die ausständigen Arbeiter hätten durch Drohungen und Beleidigungen Arbeitswillige an dem Betreten der leerstehenden Betriebe gehindert, sämtlichen in Verbandsfabriken beschäftigten Arbeiter einen Revers zu unterbreiten, durch welchen sich die Arbeiter verpflichten sollten, der Organisation zu entsagen und die Ausständigen weder materiell noch moralisch zu unterstützen. Fast einmütig wiesen die Arbeiter diese Zumutung zurück, und die Folge war, daß rund 700 Personen ausgesperrt wurden, so daß nebst den schon vorher ausständigen Arbeitern 900 Personen zu unterstützen sind. Von diesen Personen sind 250 nicht organisiert.

Was von seiten der Arbeiter geihan werden konnte, um diese Aussperrung abzuwenden, ist geschehen. In einer am Freitag, den 28. d. M., zwischen den Ausgesperrten und Vertretern der Fabrikanten stattgefundenen Verhandlung erklärten die letzteren, daß sie nur dann die Aussperrung aufheben würden, wenn sämtliche Forderungen zurückgezogen werden. Zugleich drohten die Fabrikanten, die Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit in Erwägung ziehen zu wollen.

Arbeiter! Genossen! Es handelt sich bei diesem Kampf nicht mehr um die Erfüllung der gestellten Forderungen, sondern um die Vernichtung des Koalitionsrechts, Einführung reduzierter Lohnlisten und Verlängerung der Arbeitszeit. Darum ist es Eure Pflicht, die kämpfenden Schuhmacher moralisch und materiell zu unterstützen. Die Konjunktur ist für die Fabrikschuhmacher günstig. Die Ausgesperrten sind von den besten Hoffnungen beseelt, wird der Kampf mit Entschlossenheit und Energie geführt, so ist der Sieg den Ausgesperrten sicher. Sammellisten zur Unterstützung der ausgesperrten Schuhmacher werden im Gewerkschaftsbureau, Engelufer 15, ausgegeben.

* * *

Für die ausgesperrten **Schuhmacher** gingen folgende Beträge bei der Berliner Gewerkschaftskommission ein: Liste Nr. 152 Tischlerwerkstatt Reichel u. Co. 11,50. Tischlerei Hering u. Simerlein 13,60. Glaser Brixerstraße 1,—. Elektromotoren- u. Dynamowerke 10,—. Rauchklub „Ohne Zwang" 10,—. Klempner-Konferenz 1,80. In Summa 47,40 Mark.

Für die ausgesperrten **Glasarbeiter** gingen folgende Beträge ein: Dynamowerke Bergmann 21,50. Stockfabrik Hekert 10,—. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin 1000,—. Photograph. Werkstatt Muskauerstraße 57 7,95. H. 10,—. Deutsche Munitionswaffenfabrik, Betriebsabteilung, 16,65. Schuhmacher 10,—. Fahrradwerke „Stern" 2,40. Rauchklub „Ohne Zwang" 10,—. „Typograph", Franzlieberschuß 36,80. Aktienbrauerei Hohen-Schönhausen 5,15. Stockfabrik Schälke 10,—. Firma Lüderitz, Buchbinder 18,25. Proletarierhochzeit, gesammelt 4,15. Bau Grünau 4,50. Mitglieder des Verbands deutscher Buchdrucker im „Vorwärts" durch Büttner 50,—. Galvanoplastik Lindenstraße 101 15,—. Stereotypeure 50,—. A. E. G., Saal IIa, 7,65. Verband der Bau- u. Erdarbeiter, Zahlstelle Marienborf 30,—. Tudyka 0,50. In Summa 1320,50 M.

Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Deutsches Reich.

Die Agitationskommission der Bauarbeiter für die Provinzen Brandenburg und Posen hielt am 24. März in Frankfurt a. O. eine Konferenz ab, an der 62 Delegierte teilnahmen. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen des abgeschlossenen Geschäftsjahrs sich auf 4462,70 M., die Ausgaben auf 2947,90 M. beliefen. Ein Antrag, das Arbeitsfeld der Kommission für Brandenburg-Posen gleichzeitig auf die Provinzen Ost- und Westpreußen auszudehnen, wurde angenommen, nachdem der Vertreter des Hauptvorstands erklärt hatte, daß der Hauptvorstand sich verpflichtet, die Agitationskommission im Bedarfsfalle finanziell zu unterstützen. In die Kommission wurden gewählt: Otto Neunthaler, Berlin O. 34, Liebigstr. 7, als Leiter der Kommission; ferner Gutsch, Krüger, Heidemann, Heinemann, Pohl und Max Reimann zu Mitgliedern.

An dem Streik der Bühnenangestellten in Hamburg sind 97 Angestellte beteiligt. Bisher hat nur die Direktion des Carl Schultze-Theaters eine Lohnerhöhung von 3 M. pro Woche, von 21 bis 24 M. zugestanden, außerdem für Ueberstunden 60 Pf. und für Abendarbeiter 1,20 M. pro Abend bewilligt. Die Festangestellten, die täglich 13 bis 14 Stunden, auch Sonntags arbeiten müssen, fordern einen Minimallohn von 120 M. monatlich, also pro Tag 4 M. Die Nachtarbeit soll mit 60 Pf. pro Stunde vergütigt werden. Außerdem beanspruchen dieselben monatlich zwei freie Tage. Für die Hilfs- und Abendarbeiter wird ein Stundenlohn von 50 Pf. gefordert. Bisher betrug der Tagelohn 3 M. im Durchschnitt. Nachdem die Arbeit niedergelegt wurde, traten Soldaten an Stelle der Streikenden. Diese militärischen Bühnenarbeiter wurden jedoch nach Rücksprache der Lohnkommission mit dem Corpskommandeur General v. Massow wieder zurückgezogen. Es ist deshalb notwendig, den Zuzug von Theaterarbeitern, Beleuchtern und Schneidern nach Hamburg fernzuhalten.

Verband des technischen Bühnenpersonals.
Der Centralvorstand.

Der Streik der Straßenbahner in Halle. Der Verkehr stockt nach wie vor, Direktor Destus hat in einem an alle Führer gerichteten Schreiben die sofortige Abgabe der Uniformen verlangt und droht mit Einbehaltung der Kaution. Außerdem will er die sämtlichen Streikenden für den entstandenen und noch entstehenden Schaden zur Verantwortung ziehen, wenn sie, die Wagenführer, nicht sofort bedingungslos in Arbeit treten. Durch Einschüchterung der Frauen einiger Führer war es gelungen einige Leute zur Umkehr zu bewegen und konnte gestern eine Linie mehr in Betrieb gesetzt werden. Die Direktion erklärt in einem längeren Schreiben in der bürgerlichen Presse recht kategorisch, sie habe die drei Wagenführer, durch welche der Streik entstand, entlassen, aus Gründen, die sie als ihr Geschäftsgeheimnis betrachtet. Die Bürgerschaft steht auf der Seite der Streikenden und bespöttelt das Vorgehen des Direktors, der bei vielen Gelegenheiten damit renommierte, nur treu gediente Soldaten als Führer angestellt zu haben. Während die Montagnacht stattgehabte Versammlung unbeanstandet von 12 bis 1/4 Uhr morgens tagte, wurde die zu Dienstagnacht in demselben Lokal einberufene Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde vorher verboten.

Streikbrecher nach Halle. Die Bau-Unternehmer in Halle lassen kein Mittel unversucht, um Ersatz für die Streikenden anzuwerben. Die Kosten, die dafür aufgewendet werden, sind gewiß viel höher als die Differenz, um die der Kampf aufrecht erhalten wird. Die Herren wollen den von ihnen vorgenommenen Kontraktbruch durchsetzen, koste es, was es wolle. Zu einem höchst bedenklichen Liebesdienst für die kontraktbrüchigen Unternehmer hat sich die Baugewerkschule in Elberfeld herbeigelassen. An dem schwarzen Brett dieser Schule prangt folgender Anschlag:

Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu Halle an der Saale.
P. P.

Indem wir uns beehren, den nachstehenden Generalversammlungs-Beschluß des hiesigen Arbeitgeber-Verbands für das Baugewerbe

„die jungen Leute, welche per Ende März des Jahres praktische Beschäftigung auf der Baustelle suchen, auf Halle a. S. als Arbeitsort aufmerksam zu machen"

mitzuteilen, bitten wir die geehrte Direktion ganz ergebenst, von diesem Beschluß abgehenden Schülern ihrer Anstalt durch „Aushang" oder in sonst geeigneter Weise gefälligst Kenntnis geben zu wollen. Wir bemerken noch ergebenst, daß der Stundenlohn für die Durchschnittsleistung 45 Pf. beträgt und baldige Meldungen entgegengenommen werden im Arbeitsnachweis unsres Verbands, Mittelstr. 20, hier. Indem wir für Ihre Bemühungen schon im voraus besten Dank sagen, zeichnen

Mit vorzüglicher Hochachtung
Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe.
E. Hildebrand. Otto Groke.

Wie wir erfahren, ist auch „in sonst geeigneter Weise" den Baugewerks-Schülern Kenntnis von der Not des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe zu Halle a. S. gegeben worden, indem die Schüler, die sich praktisch bethätigen wollen, durch Unterschrift sich verpflichteten, nach Halle zu gehen. Wir meinen, es entspricht durchaus nicht den Aufgaben der Baugewerks-Schule, sich in die Lohnkämpfe hineinzumischen, das Institut kann nur bei den Schülern an Vertrauen einbüßen, wenn es diesen Weg beschreitet. Die städtische Behörde in Elberfeld sollte soviel Taktgefühl besitzen, den Eifer des Schuldirektors auf diesem Gebiet etwas zu dämpfen.

Gehaltsregelung in Konsumvereinen. Die sächsischen Konsumvereine hatten vor kurzem mit Vertretern des Comptoirpersonals eine längere Verhandlung über die Aufstellung einer Gehaltsskala. Als Unterlage dienten folgende Vorschläge: Klasse a (Orte mit über 100 000 Einwohner) 1200 bis 1800 M. Gehalt, Klasse b (Orte unter 100 000 Einwohner, Vororte der Großstädte) 1080 bis 1680 M., Klasse c (Orte unter 50 000 Einwohner) 900 bis 1440 M. Die Arbeitszeit des Comptoirpersonals soll nicht über acht Stunden betragen, beim Lagerpersonal ist der gleiche Zustand anzustreben. Ferien werden mindestens eine Woche gewährt. Sonntagsarbeit wird extra bezahlt.

Eine Einigung war in allen Punkten bis auf den ersten erzielt. Hier verlangten die Vertreter der Comptoirangestellten, daß die Höchstgrenze des Gehalts von 1800 auf 2000 M. hinaufgesetzt werde. Von der andren Seite glaubte man, nicht so weit gehen zu können. Und so ist nach mehrstündiger Verhandlung an diesem Punkte die positive Verständigung gescheitert, denn eine Einigung auf die Gesamtvorlage kam nicht zu stande.

Wegen Beleidigung des Kommerzienrats Schött in Rheydt wurde der Vorsitzende des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, Otto Sillier, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Gegen das Vereinsgesetz sollten zwei Vorstandsmitglieder des „Niederrheinischen Weber-Verbandes" verstoßen haben. Bei Gelegenheit des Schlebuscher Weberstreiks hatten diese beiden, als sie die Auszahlung der Streikunterstützung vornahmen, den Ausständischen Mitteilungen betreffs des Streiks gemacht. Der Gendarm Hartmann brachte dies zur Anzeige und wurden die Angeklagten vom Schöffengericht in Opladen mit je 3 Tagen Gefängnis bestraft, weil sie als Redner in einer nicht angemeldeten Versammlung aufgetreten waren. Auf ihre Berufung hin wurden sie von der Strafkammer in Düsseldorf freigesprochen und die Kosten der Staatskasse zur Last gelegt.

Wie Streikbrecherdienste gelohnt werden. Im vergangenen Jahre streikten die Maurer in Essen erfolglos 7 Wochen lang um Anerkennung eines erhöhten Stundenlohns von 45 auf 50 Pf. Ein halbes Jahr vor Ausbruch des Streiks war den Unternehmern ein Lohntarif unterbreitet worden mit dem Ersuchen um Gegenäußerung. Der erst später ins Leben gerufene „christliche Maurerverband" machte die erhobenen Forderungen im wesentlichen zu den seinigen. Aber die Unternehmer ignorierten alles, was ihnen von Arbeitern zuging. Als man endlich einsah, daß alles Bemühen, mit den Unternehmern in Güte auseinander zu kommen, resp. mit denselben verhandeln zu können, aussichtslos waren, wurde in mehreren öffentlichen Versammlungen beschlossen, die Anerkennung der Forderungen zu erzwingen. In diesen Versammlungen anwesende „Christliche" erklärten sich mit den Verbändlern solidarisch. Aber siehe da, einige Tage nach dem Streikbeschluß beriefen die „Christlichen" eine Versammlung ein, und hier wußten die christlichen Arbeiter„vertreter" durch allerhand unwahre Behauptungen einen Streikbruchbeschluß durchzudrücken. Und der Vorsitzende der „Christlichen" versuchte auch noch, Streikbrecher von auswärts heranzuholen. Die frommen Unternehmer in Essen erkannten den ganzen Wert der christlichen Organisation, versprachen den Beteiligten für ihr maßvolles Vorgehen einen Pfennig Zulage — und bei weiterem Wohlverhalten weiteren Unternehmerdank. — Der Streik ging nach siebenwöchentlicher Dauer verloren. Ein großer Teil der Ausständigen war und blieb verfehmt, die Unternehmer hauften mit schwarzen Listen — und nun haben sie einmütig beschlossen, vom 1. April an für die maßvollen Arbeiter sowohl als wie auch für die andren eine Lohnreduktion auf 42 Pf. vorzunehmen. — Das ist eine christliche Belohnung für „christliches" Verhalten.

Ausland.

Dänemark. Die Arbeitgeber im Bautischlerfach haben bekanntlich den im Mai 1898 mit den Arbeitern vereinbarten Lohntarif zum 1. April ds. Js. gekündigt. Die Verhandlungen, die in letzter Zeit zwischen den Organisationen stattfanden, sind vorläufig abgebrochen worden, weil die Prinzipale zu weitgehende Forderungen stellten. Eine Generalversammlung des „Fachvereins der Bautischler" hat nun am Mittwoch voriger Woche einen Beschluß gefaßt, durch den sie sich mit dem Verhalten der Vertreter der Arbeiter gegenüber den von den Meistern vorgeschlagenen Lohnherabsetzungen einverstanden erklärt, den Vorstand aber bevollmächtigt, der Tischlerinnung eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Abmachungen von 1898 bis zum 1. April 1902 anzubieten. Wird dieses Angebot nicht angenommen, so wird die Arbeit am 1. April bei allen Mitgliedern der Tischler-Innung niedergelegt. Dieser Beschluß ist sowohl der „Tischler-Innung" als auch dem „dänischen Arbeitgeber- und Meister-Verband" zugestellt worden.

Hafenarbeiterstreik in Marseille. Zweitausendfünfhundert Arbeiter arbeiteten Mittwochvormittag an den Quais. Die Zahl der Wagen der Trambahn und andrer Wagen, die im Betrieb sind, ist nahezu normal. Die Ausständigen versuchten ohne Erfolg die Entlader und die Kutscher, welche am Güterbahnhof arbeiteten, von der Arbeit abzubringen.

Aus Neapel wird berichtet: Nachdem die Arbeitgeber der Hafenarbeiter sich verpflichtet haben, alle Arbeiter, welche sich zur Arbeit stellen, wieder aufzunehmen, erklärten die Hafenarbeiter, sie würden von dem Ausstand zurücktreten.

In den Vereinigten Staaten scheint in der pennsylvanischen Kohlenregion ein neuer Riesenstreik bevorzustehen. Der letzte große Ausstand in der nämlichen Gegend, der in den letzten Tagen des September vorigen Jahres begann und 40 Tage andauerte, brachte den Kohlengräbern eine Lohnerhöhung von 10 Proz. und die Abschaffung des sogenannten „gleitenden" Lohntarifs, während es ihnen nicht gelang, die Anerkennung der Organisation durchzusetzen. Diese letztere Forderung zur Geltung zu bringen, hat sich der Verband der Bergleute der Vereinigten Staaten — der gegenwärtig an die 190 000 Mitglieder im ganzen Lande zählt, wovon etwa 60 000 in Pennsylvanien — auf dieses Frühjahr verspart. Am 12. März trat in Hazleton eine Delegiertenversammlung der pennsylvanischen Lokalvereine dieses Verbands zusammen, und es war an die Besitzer der Minen die Einladung ergangen, zur gleichen Zeit in derselben Stadt eine Konferenz abzuhalten, um mit Vertretern der Arbeiter eine friedliche Vereinbarung herbeizuführen. Es wird nun berichtet, daß von den neun Eisenbahngesellschaften, denen die Mehrheit der Kohlengruben des Hartkohlengebiets gehört, nur eine, die Delaware u. Hudson Compagnie, diese Einladung überhaupt einer Antwort würdigte, und daß der Bescheid auch in diesem Falle einen jede Verständigung ablehnender war. Demzufolge ist zu erwarten, daß am 2. April ein allgemeiner Streik in den ausgedehnten Kohlenfeldern Pennsylvaniens ausbrechen wird, denn die zur gleichen Organisation gehörenden Bergleute der Weichkohlenregion werden aus Sympathie mit ihren Kollegen ebenfalls die Arbeit niederlegen.

Soziales.

Der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1900

ist soeben erschienen. Danach wurden nach vorläufiger Ermittelung im Jahre 1900 454 431 Unfälle angemeldet gegen 443 313 im Jahre 1899. Erstmalige Entschädigung wurde für 107 288 Unfälle festgestellt gegen 106 036 im vorangegangenen Jahre. Die Summe der verausgabten Entschädigungen betrug 86,6 Millionen Mark (und 8 Millionen Mark mehr wie 1899) und verteilt sich auf 705 204 Personen.

In dem Bericht wird mitgeteilt, daß für das Jahr 1901 eine Unfallstatistik der Land- und Forstwirtschaft in Vorbereitung ist, die nach dem Muster der Gewerbe-Unfallstatistik vom Jahre 1897 bearbeitet wird.

Bezüglich der Unfallverhütung wird mitgeteilt, daß von den 60 dem Amte unterstehenden gewerblichen Berufsgenossenschaften 57 Unfallverhütungsvorschriften erlassen haben, so daß also immer noch drei Berufsgenossenschaften keinerlei Vorschriften besitzen, und daß „auf weitere Förderung der Unfallverhütung für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach Maßgabe des Bedürfnisses hingewirkt worden ist." Warum wird nichts gesagt über den Stand der Unfallverhütung in der Land- und Forstwirtschaft? Wie es damit steht, läßt die Thatsache erkennen, daß bis zum 30. September 1900 nur drei landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften eine Ueberwachung der Betriebe durch Beauftragte eingerichtet hatten. Diese Ueberwachung läßt übrigens allgemein zu wünschen übrig, denn es waren bei den gewerblichen und den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zusammen nur 218 Beauftragte vorhanden, die natürlich auch nicht entfernt zu einer ausreichenden Ueberwachung in der Lage waren.

Bei den dem Reichs-Versicherungsamt unterstellten 1319 Schiedsgerichten wurden 45 655 Berufungen in Unfallsachen angebracht, wovon 15 645 auf die Landwirtschaft entfallen. Im Verhältnis zur Zahl der berufungsfähigen Bescheide sind die Berufungen seit einigen Jahren etwas zurückgegangen. Ein reichliches Viertel der Berufungen war erfolgreich, die übrigen wurden zurückgewiesen.

Beim Reichs-Versicherungsamte wurden 11 048 Rekurse angemeldet, wovon etwa vier Fünftel auf die Versicherten entfallen. Aus dem vorangegangenen Jahre waren noch 4470 unerledigt.

Am Schlusse des Jahrs 1900 waren 4125 Rekurse unerledigt. Durch Urteil erledigt wurden 10 254, davon 7166 durch Bestätigung des schiedsgerichtlichen Urteils und die übrigen durch Abänderung desselben. Die abgeänderten Urteile betrafen in 1981 Fällen Rekurse der Versicherten und in 1107 Fällen Rekurse der Berufsgenossenschaften. Es wurden demnach 5883 Rekurse der Versicherten verworfen.

Hinsichtlich der Invalidenversicherung wird nachgewiesen, daß am 1. Januar 1901 im ganzen 405 337 Invalidenrenten, 188 472 Altersrenten und 5118 Krankenrenten liefen.

Ausgezahlt wurden im Jahre 1900 an Invalidenrenten 52,4 Mill. Mark, an Altersrenten 26,4 Mill. Mark, an Krankenrenten 0,6 Mill. Mark und an Beitragserstattungen 6,5 Mill. Mark. Die Einnahmen aus Beiträgen betrugen 129 Mill. Mark.

Invalidenhäuser zur Unterbringung von Rentenempfängern wurden bis jetzt von 2 Versicherungsanstalten errichtet, bei dreien ist die Errichtung solcher in Vorbereitung. Für die Invalidenhäuser sind Hausordnungen erlassen worden, denen sich die Insassen zu fügen haben. Es wäre von großem Interesse, über den Inhalt dieser Hausordnungen etwas Näheres zu erfahren.

Ueber die Anlegung der Gelder der Versicherungsanstalten zu gemeinnützigen Zwecken wird berichtet, daß 78 Millionen Mark für Arbeiterwohnungen, 54,9 Millionen Mark zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses und 53,9 Millionen Mark für den Bau von Krankenhäusern, Genesungshäusern, Herbergen zur Heimat, Volksbädern, Kleinkinderschulen, Geschäftsräumen für Arbeitsnachweis, für Krankenpflege, Spar- und Konsumvereine und dergleichen ausgeliehen und 11,6 Mill. Mark von den Anstalten selbst zum Bau von Krankenhäusern 2c. verwendet wurden. Ueber diesen Gegenstand wird überdies eine ausführliche Veröffentlichung angekündigt.

Das neue Invalidenversicherungs-Gesetz hat eine erhebliche Veränderung der Zahl der Schiedsgerichte gebracht. Während 1899 deren 525 bestanden, gab es 1900 nur noch 118, bei denen 16 835 Berufungen anhängig gemacht wurden, das sind etwa 10 Proz. der berufungsfähigen Bescheide. In Invalidensachen 2c. entscheiden eben nicht die interessierten Unternehmer, deshalb beträgt die Zahl der Berufungen weniger als die Hälfte derer in Unfallsachen. Ein reichliches Fünftel der Berufungen hatte Erfolg. Revisionen beim Reichs-Versicherungsamt wurden 4215 anhängig gemacht, wovon 66 Prozent verworfen wurden.

Ein probates Mittel gegen den Lehrermangel, der sich in vielen Gegenden des „Kulturstaats" Preußens nachgerade zu einer öffentlichen Kalamität ausgewachsen hat, glaubt Regierungsrat v. Unruh-Liegnitz entdeckt zu haben. Er zögert denn auch nicht, sich in der ihm nahestehenden konservativen Presse darüber auszulassen, wie er sich die Beschaffung der erforderlichen Lehrkräfte denkt. Er verweist in seinen Ausführungen zunächst darauf, daß es in früheren Zeiten besonders im Ausland vielfach üblich war, die jüngsten Kinder durch die ältesten unterrichten zu lassen, wenn es an den nötigen Lehrkräften mangelte. Herr v. Unruh fährt dann wörtlich fort: „Wenn nun der Rektor oder Orts-Schulinspektor sich aus den besten Schülern der obersten Schulklasse solche heraussuchten, die sie für besonders geeignet halten, nach beendigter Schulzeit unter gehöriger Aufsicht und Anleitung die jüngsten Kinder zu unterrichten, würden sich in den meisten Schulen voraussichtlich geeignete Gehilfen der Lehrer finden, die gegen einen angemessenen Tagelohn (!) die kleinsten Kinder mit Erfolg (!) unterrichteten und während der Schulferien in Seminar-Ferienkursen allmählich auf den Lehrerberuf vorbereitet werden könnten. . . . Der Orts- Schulinspektor und Hauptlehrer erhielten auf diese Weise die Möglichkeit, armen, aber klugen und fleißigen Kindern eine verhältnismäßig glänzende Zukunft zu eröffnen. Für ihre Bemühungen bei Anlernung der Gehilfen könnte ihnen ja eine Entschädigung gezahlt werden. Die Schulgemeinden würden dabei Ersparnisse machen, da der Tagelohn des Gehilfen natürlich nicht so hoch sein darf, wie das Gehalt eines jungen Lehrers.

Der Vorschlag hat neben dem Vorzug der Billigkeit auch den, daß die Arbeiterkinder dabei nicht mit allzu viel Wissen beschwert würden, und ist deshalb des Beifalls der Agrarier sicher.

Notstandsarbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser hat die Gemeindeverwaltung zu Mülhausen i. E. zu Anfang dieser Woche beginnen lassen. Es sind Erdarbeiten: Einebnung eines großen städtischen Bauplatzes, Verbesserung von Straßen, Reinigung von Bächen und Gräben 2c. Der bezahlte Lohn ist der ortsübliche Tagelohn von 2,20 M.; eingestellt wurden vorerst nur verheiratete Arbeitslose, und zwar solche, die in Mülhausen dauernd ansässig sind, unter Ausschluß der nur in der besseren Jahreszeit sich im Lande aufhaltenden Italiener und sonstigen ausländischen Erdarbeiter. Der Andrang ist so stark, daß in den ersten Tagen jeweils über hundert zurückgewiesen werden mußten.

Das Vorgehen der Stadtverwaltung ist veranlaßt durch eine Eingabe des Gewerkschaftskartells.

Berichtigung. In der gestrigen Notiz über die Kohlenproduktion des Deutschen Reichs hat sich ein störender Satzfehler eingeschlichen. In der letzten Tabelle, die die Bewegung der Lohnkosten darstellt, ist das Decimalzeichen, das Komma, das hinter die erste Stelle gehört, weggeblieben. Es muß richtig heißen:

1891: **2,220** M. und so fort durch die ganze Tabelle. Dieser Sinn ergiebt sich übrigens schon aus dem Zusammenhange der Darstellung, was dem aufmerksamen Leser nicht entgangen sein dürfte.

Versammlungen.

Die Aussperrung bei der Firma Stein und das Verhalten des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins lautete das Thema einer gut besuchten Metallarbeiter-Versammlung, die am Dienstag im Kellerschen Saal tagte. Nach den Ausführungen des Referenten Wiesenthal sind die Arbeiter der Maschinenfabrik von Gebr. Stein, Blumenstr. 24, zur Zeit ausgesperrt, weil sie sich die dauernde Verlängerung der Arbeitszeit von neun auf zehn Stunden nicht gefallen lassen wollten. Schon vor längerer Zeit hat sich der Metallarbeiter-Verband mit der hiesigen Hirsch-Dunckerschen Organisation dahin geeinigt, daß beide Organisationen überall, wo eine Verlängerung der Arbeitszeit eingeführt werden soll, dagegen gemeinsam vorgehen. Gemäß diesem Uebereinkommen ist auch bei dem Ausstand in der Steinschen Fabrik gehandelt worden, bis zum Montag, wo sechs Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins unter ausdrücklicher Billigung ihrer Vereinsleitung die Arbeit wieder aufgenommen haben. Damit hat der Vorstand des Hirsch-Dunckerschen Vereins den früheren Beschluß durchbrochen und als Arbeitswilligen-Organisation gehandelt. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat nahm Havliczek, der Leiter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter, das Wort. Er suchte das Verhalten seiner Organisation zu rechtfertigen, indem er ausführte, der Betrieb der gesperrten Firma sei bereits so stark besetzt, daß es ein Unsinn wäre, die Sperre länger aufrecht zu halten. Unter den Arbeitern, die in der gesperrten Fabrik angefangen haben, befänden sich auch einige Mitglieder des Metallarbeiter-Verbands. Die Hirsch-Dunckerschen seien nicht zuerst hineingegangen, und die sechs, welche am Montag angefangen haben, hätten den Ausständigen auch nicht geschadet. — Auf diese, von der Versammlung mit lebhaftem Widerspruch aufgenommene Rechtfertigungsrede entgegnete Räther, es sei doch ein großer Unterschied, ob einzelne Mitglieder einer Organisation eine Ungehörigkeit begehen, oder ob es die Leitung der Organisation thut. Nach einem Beschluß des Metallarbeiter-Verbands wird jedes Mitglied, welches unter den hier vorliegenden Umständen Arbeit nimmt, aus dem Verband ausgeschlossen. Bei den Hirsch-Dunckerschen dagegen hat der Hauptvorstand ausdrücklich beschlossen, daß für seine Mitglieder die Sperre über die Firma Stein aufgehoben sei, weil der Unternehmer sich zu Verhandlungen nicht herbeilasse und die weitere Sperre aussichtslos sei. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit von principieller Bedeutung, nämlich um die Abwehr einer dauernden Verlängerung der Arbeitszeit, und wird der Verband die Sperre nicht eher aufheben, als bis die 9stündige Arbeitszeit gesichert ist. — In der weiteren Debatte wurde das Verhalten der Hirsch-Dunckerschen scharf verurteilt, und vergebens bemühte sich Herr Havliczek, die Leitung seiner Organisation von dem Vorwurf des Streikbruchs rein zu waschen. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, worin die Sperre über die Firma Stein als fortbestehend erklärt und das Verhalten der Leitung des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins als ein Verrat an der Arbeitersache, würdig einer Streikbrecher-Organisation, bezeichnet wird.

Eine öffentliche Versammlung der Kleber tagte am 19. d. M. bei Lorenz, Markgrafenstr. 88. Die Versammlung war vom Tapeziererverband einberufen, aber stark von Anhängern der Lokalorganisation besucht. Leo Schmidt sprach über das Thema: „Wie organisieren sich die Berliner Kleber?" Er empfahl als beste Form der Organisation die centrale. In der Diskussion stimmten ihm Pönicke, Wels, Heckmann und Nill bei, während Menge, Nessen, Geisler und Strasser sich für die Lokalorganisation einlegten. — Die Versammlung nahm schließlich mit überwältigender Majorität zwei Resolutionen an, von denen die eine die Lokalorganisation als die für die Kleber geeignetste bezeichnet, während die andre das Verhalten der Innung verurteilt, welche einer Festlegung des Tarifs für beide Teile aus dem Wege geht. Die Versammlung erkannte für die Regelung der Lohnbedingungen nur die Vertreter der Kleber als kompetent an und sprach sich gegen jede Achtzehner- oder sonstige Kommission aus.

Die Etuisarbeiter waren am Montag fast vollzählig versammelt, um zunächst über die Arbeitseinstellung bei der Firma Hoffmann zu verhandeln. Wie Brückner berichtete, hatten die Arbeiter dieser Firma für den ihnen aufgedrungenen Festtag am 18. Januar d. J. Lohnzahlung verlangt und, als dieselbe verweigert wurde, im Wege der Klage vom Gewerbegericht auch zugesprochen erhalten, waren aber gleichzeitig entlassen worden. Daraufhin wurde die Firma für die Etuisarbeiter gesperrt. An die Wiedereinstellung der Arbeiter unter den im vorigen Jahre erlangten Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde die Bedingung geknüpft, daß von jetzt an die 14tägige Kündigung ausgeschlossen sein solle, worauf die Arbeiter aber nicht eingingen. Andre Arbeiter hat die Firma nicht erhalten. Am Mittwoch, 27. März, soll mit der Firma in dieser Angelegenheit abermals verhandelt werden. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte die Versammlung sich mit dem Vorgehen der betreffenden Kollegen einverstanden. Gleichzeitig werden alle Etuisarbeiter 2c. und Mitglieder des Buchbinder-Verbands verpflichtet, die Ausständigen dadurch zu unterstützen, daß sie die Firma M. Block (Inhaberin Frau Hoffmann) bis auf weiteres meiden. Brückner hielt alsdann ein mit Beifall aufgenommenes Referat über die Bedeutung des Arbeitsnachweises für die Arbeiterbewegung. Auch für die Etuisarbeiter sei in Zukunft nur der Arbeitsnachweis der Organisation vom Buchbinder-Verband Engel-Ufer 15 im Gewerkschaftshaus zu empfehlen, um das Stellungsuchen zu vermeiden. Trapp und einige andre Redner stimmten den Ausführungen des Redners zu. Auch die Versammlung erklärte sich einstimmig damit einverstanden, künftig nur diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Der Vertrauensmann Trapp teilte unter andrem noch mit, daß nach einer innerhalb der letzten Wochen vorgenommenen Zählung alle männlichen Berufsgenossen bis auf 6, die weiblichen bis auf 2 organisiert sind.

Die Rabitzputzer hielten am 20. März ihre regelmäßige Mitgliederversammlung in den „Arminhallen" ab. Nieke erstattete Bericht über die Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. Es wurde beschlossen, jedem Mitglied ein Protokoll über die Konferenz zum Selbstkostenpreis zu verabfolgen. Hierauf referierte Nieke über die Durchführung unsres Vertrags am 1. April. Laut Vertrag haben wir vom 1. April eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde zu verlangen und hat zu diesem Zweck eine gemeinschaftliche Sitzung sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer stattgefunden. Die Kommission der Arbeitgeber ließ durchblicken, daß sie wenig geneigt sei, den geschlossenen Vertrag innezuhalten, machte vielmehr der Kommission der Arbeitnehmer neue Vorschläge. Nach diesen soll der bisherige Lohn bestehen bleiben. Um den Rabitzputzern aber doch einen Vorteil zu bieten, wollen die Arbeitgeber sich verpflichten, sämtliche Bauarbeiten nur von gelernten Putzern ausführen zu lassen. Nieke empfahl der ungünstigen Konjunktur wegen den Vorschlag anzunehmen; es bliebe noch immer der Weg offen, bei Nichteinhaltung des Versprechens zur Sperre zu schreiten. Die Diskussionsredner stimmten dieser Ansicht zu, doch wurde von denselben die Ehrlichkeit der Unternehmer stark angezweifelt, da dieselben sich wiederholt kontraktbrüchig gezeigt haben. Ein Redner empfahl der Versammlung, diesen neuen Vertrag nur für diesen Sommer abzuschließen. Darauf wurde die Kommission beauftragt, in diesem Sinne mit den Unternehmern zu verhandeln. Bezüglich des Arbeitsnachweises wurde beschlossen, denselben wieder wie in früheren Jahren zu handhaben, wo jeder Arbeitende sich seine arbeitslosen Kollegen selbst vom Verbandsnachweis holte. Unter Verschiedenem wurde die Kommission beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Kontrollbücher wieder in Wegfall kommen. Zum Schluß wurde noch Stelter als Revisor gewählt.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals hielt am 23. d. M. seine Mitgliederversammlung ab. Nach dem Bericht über den Stand des Ausstands in den Hamburger Theatern trat man in Beratung des Streikreglements und wurde dasselbe mit einigen Aenderungen angenommen. Abdrücke desselben sollen den einzelnen Zahlstellen verabfolgt werden zwecks Durchberatung und Stellung eventueller Abänderungsanträge. Göyke machte bekannt, daß er in der nächsten Versammlung sein Amt als 1. Vorsitzender wegen Ueberbürdung niederlegen werde. Nach stattgefundener Revision soll die Uebergabe der Gelder nach Maßgabe des Status an den Centralkassierer erfolgen.

Charlottenburg. Am Freitag, den 22., tagte in der Gambrinus-Brauerei, Wallstr. 94, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Charlottenburg). Zweck dieser Versammlung war Stellungnahme zu der Aussperrung bei der Firma Gustav Adolf Wernicke, Schieferplatten-Fabrik, Habsburger-Ufer, und Bericht des ersten Bevollmächtigten, Pohl, über die gepflogenen Verhandlungen mit der Firma. Bei dieser Firma wurde während des Winterhalbjahrs 8 Stunden gearbeitet; als der Geschäftsgang ein besserer wurde, sollte jetzt 9 Stunden gearbeitet werden und zwar von morgens 7 bis abends 6 Uhr. Die Kollegen wünschten die Arbeitszeit von 6½—5½ Uhr, worauf gleich zwei Organisierte entlassen wurden. Da sich die andern mit ihnen solidarisch erklärten, wurden auch diese entlassen. Auch die Bemühungen des ersten Bevollmächtigten Pohl, welcher mit der Firma in Verhandlung getreten war, hatten keinen Erfolg, da der Leiter der Fabrik erklärte, Herr in seiner Fabrik zu sein und von den Entlassenen keinen in seinen Betrieb mehr einstellen will. Die Versammlung erklärte einstimmig, daß sämtliche Kollegen als gemaßregelt zu betrachten seien. Ferner wurde beschlossen, Sammellisten cirkulieren zu lassen. In Betracht kommen 13 Kollegen mit zusammen 19 Kindern. — Zuzug ist fernzuhalten, besonders von den Dachdeckern und Bauarbeitern.

Wilmersdorf. Hier tagte am 20. in Wittes Volksgarten eine gut besuchte Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der Märzgefallenen in üblicher Weise. Dann wurde beschlossen, jeden Monat den Mittwoch nach dem Ersten Versammlung abzuhalten und Mittwoch nach dem Fünfzehnten Bezirksabende einzurichten. Dann wurden interne Angelegenheiten erledigt.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr im „Dresdener Garten", Dresdenerstr. 25: Versammlung. Repititionsabend und Verschiedenes.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher. (Zweigverein Charlottenburg.) Donnerstag, den 28. März, abends 10 Uhr, bei Wernicke, Bismarckstr. 34: Versammlung.

Die chinesischen Wirren.

Die Unterschrift unter dem Mandschurei-Vertrag ist seitens China noch immer nicht gegeben, und wie es scheint, will dies China auch nicht thun. Wenigstens telegraphiert der Korrespondent der „Times" aus Shanghai unterm 26. März: Wie ich aus bester Quelle erfahre, hat der Hof Li-Hung-Tschang und den Prinzen Tsching angewiesen, den fremden Gesandten mitzuteilen, daß China sich geweigert hat, das Mandschurei-Abkommen zu unterzeichnen. Auch alle Vicekönige sind hiervon verständigt worden. Ein Reuter-Telegramm von Peking bestätigt dies. Danach ist durch Liukunyi, den Vicekönig von Nanking, ein kaiserlicher Erlaß ergangen, in welchem angeordnet wird, daß das Mandschurei-Abkommen am 26. März, dem von Rußland festgesetzten Tage, nicht unterzeichnet werden soll. Der Erlaß ist telegraphisch den verschiedenen Regierungen bekannt gegeben worden.

Diese Nachrichten klingen sehr bestimmt, immerhin ist ihre Bestätigung abzuwarten. Durch die Nichtunterzeichnung werden die Wirren natürlich nur noch vermehrt, denn Rußland wird die Sache nicht ruhig hinnehmen.

Washington, 26. März. Die Vereinigten Staaten haben am 19. Februar China ihre Meinung dahin ausgesprochen, daß es unzweckmäßig und sogar äußerst gefährlich sei, irgendwelche geheime territoriale oder finanzielle Abmachung in Betracht zu ziehen, ohne die volle Kenntnis und die volle Zustimmung aller Mächte. Staatssekretär Hay hat eine Kopie dieses Memorandums an alle Mächte, Rußland eingeschlossen, abgesandt. —

Letzte Meldungen.

Petersburg, 27. März. (B. H.) Die Meldung, daß **China** den **Mandschurei-Vertrag abgelehnt** hat, ist **erfunden.** Die chinesische Regierung hat nur gebeten, einzelne Paragraphen dieses Vertrags abzuändern, worüber zur Zeit Verhandlungen stattfinden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Soldatenmißhandlungen und Offiziersschneidigkeit.

Wien, 27. März. (B. H.) Im Abgeordnetenhaus erschienen heute **zwei Offiziere** aus Prag, um von dem Abgeordneten Klofac **Satisfaktion zu verlangen,** weil er in einer Interpellation einen Oberlieutenant der Soldatenmißhandlung beschuldigt hatte. Klofac erklärte sich bereit, eine Ehrenerklärung abzugeben, falls die Offiziere die Unrichtigkeit seiner Behauptung nachweisen können.

Studentenunruhen in Rußland.

Wien, 27. März. (B. H.) Eine Petersburger Meldung der „Polit. Korresp." bestätigt, daß die gegenwärtige **Studentenbewegung** einen ernsten revolutionären Charakter angenommen hat und daß man deshalb nicht ohne Besorgnis der Zukunft entgegensehen könne.

Brüssel, 27. März. (B. H.) Auf einem **Meeting der belgischen Studenten** wurde eine Resolution angenommen, in der die russischen Studenten ermutigt werden, in ihrem Kampfe für die Freiheit zu beharren.

Wien, 27. März. (W. T. B.) **Abgeordnetenhaus.** Nach Annahme des Waisenkassen-Gesetzes in zweiter und dritter Lesung schreitet der Präsident zum Schluß der Sitzung. Der czechisch-radikale Hrubý beschwert sich darüber, daß der Abg. Klofac wegen einer gegen die Mißhandlung von Soldaten gerichteten Interpellation, in welcher der Ausdruck „bestialische That" vorkam, von Offizieren des betreffenden Regiments zur Verantwortung gezogen sei und verlangt Schutz des Immunitätsrechts. Der Präsident verspricht die Angelegenheit zu untersuchen und demnächst zu antworten. Alsdann beraumt der Präsident die nächste Sitzung für heute abend 7 Uhr an. Dagegen sprechen Alldeutsche, Czechisch-Radikale und Socialdemokraten, letztere mit der Absicht, die Debatte bis 7 Uhr hinauszuschieben. Der Präsident entzieht drei socialdemokratischen Rednern das Wort. Unter großem Lärm seitens der Socialdemokraten geht das Haus zur Abstimmung über den Antrag Barenther, die Delegationswahlen von der Tagesordnung abzusetzen, über. Der Antrag Barenther wird mit 198 gegen 105 Stimmen abgelehnt.

Der Präsident eröffnet sodann sofort die Abendsitzung, stellt die Beschlußfähigkeit fest und unterbricht die Sitzung darauf auf eine Stunde behufs Nominierung der Kandidaten für die Delegationen nach den Kronländern.

Paris, 27. März. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Die **Beratung des Vereinsgesetzes** wird bei Artikel 18 fortgesetzt. Derselbe betrifft den Aufschub, welcher den Kongregationen bewilligt wird, um allen Verbindlichkeiten gegen das Gesetz nachzukommen sowie die Folgen, welche eine Auflösung nach sich ziehen werde. Lévaés bringt einen Abänderungsantrag ein, der dahin geht die Güter der Kongregationen einzuziehen, die dazu bestimmt werden sollen, eine Pensionskasse für nicht mehr arbeitsfähige Arbeiter einzurichten. Der Berichterstatter bekämpft den Abänderungsantrag, der mit 429 gegen 135 Stimmen abgelehnt wird.

Nantes, 27. März. (W. T. B.) Hier veranstalteten über 1000 Handlungsangestellte stürmische **Straßenkundgebungen,** um die Einführung der Sonntagsruhe zu erzwingen. Die Polizei mußte einschreiten, da die Manifestanten mehrere Läden mit Eisenstücken bombadierten.

Ajaccio, 27. März. (W. T. B.) Mehrere Fabriken mußten infolge des Marseiller Ausstands die Arbeit einstellen. Eine große Menge von Früchten, die nicht verladen werden konnten, verdarben und mußten ins Meer geworfen werden.

London, 27. März. (W. T. B.) Das Unterhaus nahm mit 245 gegen 133 Stimmen die zweite Lesung des **Gesetzentwurfs über den Verkauf von Bier an.** Es wird darin bestimmt, daß, wenn das Bier nicht allein aus Malz und Hopfen besteht, eine genaue Angabe der Bestandteile erfolgen muß.

Petersburg, 27. März. (B. H.) Das Gerücht von einem **Attentat** auf den Zaren, sowie die Meldung, daß eine Explosiv-Mine unter dem kaiserlichen Palast in Zarskoe-Selo entdeckt worden sei, wird von autoritativer Seite als **Erfindung bezeichnet.**

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

14. General-Versammlung des Centralverbands deutscher Zimmerer.

Nürnberg, 25. März.

Im Saale der „Goldenen Rose" wurde heute die 14. General-Versammlung des Centralverbands der Zimmerer Deutschlands eröffnet.

Anwesend sind 87 Delegierte, sowie Vertreter des Vorstands, des Ausschusses, der Generalkommission und der Presse.

Schrader erstattet den Vorstandsbericht, in dem er darauf hinweist, daß alle vorliegenden Anträge im Hinblick auf die herrschende Krise zu prüfen seien. Er beklagt es, daß einige Zahlstellen nicht beachten, daß die Zahlstellen unter sich wie mit dem Vorstand Hand in Hand gehen müßten. Der Beschluß betreffend Gründung von Lokalfonds sei vielfach nicht beachtet worden. Manche Zahlstellen hätten über den Lokalfonds nicht abgerechnet. Bezüglich der Agitation liege es noch im Argen, vielfach gebe man sich zu sehr mit kleinlichen Dingen ab. Die Frage der Industrieverbände sei wieder angeschnitten worden, doch sei es zweifelhaft, ob man sich damit beschäftigen solle, da nach vorliegenden Beweisen diese Verbände nicht so nützlich wirken, wie vielfach angenommen werde.

Für Lohnbewegungen sei die Zeit in Rücksicht auf die chinesischen Wirren 2c. nicht geeignet. Die Bauthätigkeit liege danieder, und man habe mit einem Unternehmertum zu rechnen, das nach dem Muster der Arbeiterverbände organisiert sei. Redner beklagt ferner, daß oft Ausstände ohne jede Vorbereitung inscheniert würden.

Brinkmann-Hamburg weist die Klagen, daß das Verbandsorgan zu viel politische und zu wenig gewerkschaftliche Artikel bringe, als haltlos zurück. Die wirtschaftlichen Verhältnisse würden von den politischen Vorgängen beeinflußt und vielfach direkt bestimmt. Nachdem das Verbindungsverbot gefallen, dürfe man sich nicht mehr so ängstlich von der Politik fernhalten.

Die Nachmittagssitzung wird durch die Diskussion über die Berichte ausgefüllt.

Nürnberg, 26. März.

Ueber den Vorstandsbericht entspinnt sich eine längere Diskussion, die auch den ganzen zweiten Verhandlungstag in Anspruch nimmt. Von der Zahlstelle Düsseldorf ist eine Resolution eingelaufen, die dem Centralvorstand ein Mißtrauensvotum ausstellt, weil der beabsichtigte Streik bei den Ausstellungsarbeiten nicht die Unterstützung des Vorstands gefunden habe.

Aus Hamburg liegt eine Beschwerde vor wegen mangelnder Thätigkeit der Mitglieder des Centralvorstands in der Partei. Der Vertreter des Ausschusses, Stehr, stellt fest, daß die Beschwerde nicht von der Zahlstelle Hamburg ausgehe, sondern von einzelnen Parteigenossen und Mitgliedern des Verbands verfaßt sei. Redner betont, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei weder von einem Mitgliede des Vorstands, noch von einem Verbandsmitgliede verlangt werden dürfe, wolle der Verband nicht mit den dem Unternehmertum gegenüber stets verfochtenen Grundsätzen brechen. Er fordert ferner, daß dem Vorstande mehr Machtmittel gegenüber den Zahlstellen in die Hand gegeben werden, insbesondere solle ihm die Bestätigung der zur Leitung der Zahlstellen beauftragten Personen vorbehalten bleiben.

Bringmann-Hamburg spricht über Differenzen der Redaktion des Fachblatts mit einzelnen Zahlstellen wegen Kürzung der Berichte und empfiehlt die von ihm verfaßten Grundsätze für Abfassung und Einsendung von Manuskripten zur Annahme und weist auf eine demnächst erscheinende Broschüre: Praktische Winke für die Zimmerer Deutschlands zur Verbesserung ihrer Lage hin.

Ein weiterer Konflikt zwischen der Redaktion und Bezirk 5 und 6 in Hamburg ist wegen Nichtaufnahme eines Eingesandts entstanden. Bund-Altona erklärt, das Eingesandt sei im Einverständnis mit der Preßkommission zurückgewiesen worden, weil es in Bezug auf die Arbeitslosen-Unterstützung unrichtige, vom Vorstand längst widerlegte Behauptungen enthalten habe, die die Sache nur verwickelt hätten.

Rösch-Köln beschwert sich über angeblich diktatorisches Verhalten des Vorstands gegenüber der dortigen Zahlstelle. Er hält eine Erhöhung des Anteils der Zahlstellen an den Beiträgen von 20 auf 30 Proz. für wünschenswert.

Eile-Hamburg verteidigt sich gegen die Angriffe in der Hamburger Beschwerde, die sich vornehmlich gegen seine Person richtet.

Jung-Elberfeld spricht für Verschmelzung der verschiedenen Berufsverbände der Bauarbeiter zu einem Industrieverband.

Bringmann-Hamburg schildert eingehend die Treibereien gegen Vorstand und Redaktion, deren Seele der Vorstand der Hamburger Zahlstelle Schnack sei.

Schnack-Hamburg verteidigt sich gegen diesen Vorwurf. Er stehe der Beschwerde gegen Eile vollständig fern, ebenso habe er die Anträge, die sich gegen den Hauptvorstand richten, nicht verfaßt.

Schließlich wird eine Resolution Rose-Leipzig angenommen, in der die Generalversammlung von den Vorgängen in Hamburg wie auch von den unmoralischen Angriffen auf die Centralleitung, die gegen die Verbandsinteressen seien, mit Entrüstung Kenntnis nimmt und bedauert, daß sich auch der Vorsitzende der Hamburger Zahlstelle daran beteiligt habe. Die Versammlung erblickt darin einen Akt persönlicher Verunglimpfung, die sich naturgemäß auch gegen die durch den Centralvorstand in anerkennenswerter Weise vertretenen Gesamtinteressen des Verbands richte, sie verurteilt das Vorgehen der beteiligten Personen auf das entschiedenste und erwartet, daß die betreffenden Mitglieder sich in Zukunft Aehnlichem enthalten. Der Centralvorstand wird beauftragt, im Wiederholungsfalle in der energischen Weise einzugreifen und die schuldigen Personen gebührend zu kennzeichnen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Heute, Donnerstag, abends 8½ Uhr pünktlich, findet eine Versammlung des Wahlvereins im fünften Kreise im „Alten Schützenhause", Linienstraße, statt. Reichstags-Abgeordneter Rosenow wird über das Thema: **„Märztage"** referieren. Zahlreicher Besuch, auch von Gästen, sehr erwünscht.

Der Vorstand.

Schmargendorf. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß die Beiträge jeden Sonnabendabend im Lokal des Herrn Albrecht, Breitestr. 25, durch den Kassierer entgegengenommen werden. Die mit den Beiträgen rückständigen Mitglieder werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Kommunales.

Von der städtischen Park-Deputation. Der Vorstand der „Deutschen Gesellschaft für volkstümliche Naturkunde" wünscht eine größere Ausnutzung der städtischen Gartenanlagen für die Zwecke naturwissenschaftlicher Belehrung und möchte in erster Linie den Treptower Park hergegeben haben, um dort im großen Stil die Flora der Dünen, der Moore und der Heiden zur Anschauung zu bringen. Mit Rücksicht auf den jetzigen Charakter des Parks wurde das Gesuch abgelehnt. — Ein Gesuch des Grundbesitzervereins der Königsstadt um Herstellung einer Fontaine im großen Teich des Friedrichshains, wurde insoweit berücksichtigt, als beschlossen wurde, in den nächstjährigen Etat Mittel einzustellen, um dem jetzigen unwürdigen Zustand ein Ende zu machen. — Das Gesuch des evangelischen Jünglingsvereins, an den Sonntagnachmittagen ihm den Spielplatz am Humboldthain zur Benutzung zu überlassen, wurde abgelehnt. — Wegen Vermietung von städtischem Terrain am Kienwerder an den Ruderverein „Allemania" wurde Lokalbesichtigung beschlossen. — Ferner beschloß die Deputation, nach den vorgelegten Kostenanschlägen des Elektrikers Herrn Dr. Kallmann den kleinen Tiergarten mit elektrischem Licht zu versehen. Die erforderlichen 24 Bogenlampen werden ein Anlagekapital von 9000 M. und 3000 M. jährliche Betriebskosten erfordern.

Lokales.

Zur Bürgermeisterwahl.

Einige Blätter berichten über das Ergebnis der in dieser Sache in den bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung gepflogenen Beratungen. Danach sind die Kämpfe um die Kandidaten recht heftiger Natur gewesen. Es scheint, als ob die in Betracht kommenden Herren ziemlich kopflos geworden sind, nachdem die Kandidatur des Herrn Stadtrat Neubrink, dem anscheinend die Trauben zu sauer waren, durch seine Ernennung zum Oberverwaltungsgerichtsrat gegenstandslos geworden ist. Anders kann man es nicht verstehen, wenn ernsthaft der Landgerichtsrat a. D. Dr. Dove in Frage kommen kann, ein Mann, von dem man wohl nichts weiter weiß, als daß er sich als Syndikus im Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft um diese „ehrwürdige" Institution verdient gemacht haben soll. Die jetzige Fraktion Mommsen (früher Spinola), deren Mitglieder ja bekanntlich mit einer Ausnahme sämtlich Verehrer Neubrinks waren, hat sich, wenn die Zeitungsnotiz wahr berichtet, jetzt für Herrn Dove erklärt. Die Fraktion Mommsen schließt aber die reaktionärsten Elemente der Stadtverordneten-Versammlung in sich, und wenn man von diesen Herren auf den Kandidaten Schlüsse ziehen darf, so kann man wohl sagen, daß der in Vorschlag gebrachte Herr keinesfalls den Anforderungen entspricht, die wir für diesen Posten für unbedingt notwendig halten.

Läßt man des weiteren unsre sämtlichen Magistratsmitglieder Revue passieren, so findet sich unter ihnen kaum einer, der die Thatkraft, den Mut oder die Energie besäße, die nötig wäre, um die in neuerer Zeit auftauchenden großen socialpolitischen Aufgaben der Gemeinde zu erfassen und sie im Magistrat kräftig zu befürworten. Bejahrte, mehr oder minder invalide Herren, die sich in früheren Jahren vielleicht einmal um die liberale Sache verdient gemacht haben, erhalten als Ruheposten schließlich ein Stadtratsamt, daß sie dann auch für diesen Zweck gehörig auszunutzen verstehen. Und so ist es denn dahin gekommen, daß man von Berlin mit Recht behauptet, es bleibe hinter andren Städten immer um ein bedeutendes Stück zurück. Die Stadtverordneten-Versammlung hat deshalb die Pflicht, bei der Besetzung des Magistrats sich nach energischen Leuten für die freiwerdenden Posten umzusehen. Jetzt überläßt es der Magistrat den Socialdemokraten, mit neuen Ideen die Verwaltung zu befruchten, anstatt selbst die Initiative zu ergreifen.

Da die Wahl erst nach Ostern vorgenommen wird, so hat die socialdemokratische Fraktion noch keinen Beschluß in der Frage gefaßt. Auch der mit der Auswahl der Kandidaten beauftragte Ausschuß ist noch nicht zu einem definitiven Beschluß gekommen.

Fiskalismus in der Kurkostenberechnung. Uns wird geschrieben: Vor kurzem teilte der „Vorwärts" mit, daß die königliche Charité das einzige hiesige Krankenhaus sei, bei dem der Fiskalismus in der Kurkostenberechnung dahin ausgebildet ist, daß den Kranken der Aufnahme- sowie der Entlassungstag jedesmal als ein besonderer Tag berechnet würde, obwohl doch thatsächlich nur für einen Tag von 24 Stunden Kur und Verpflegung geleistet worden ist. Durch diesen Berechnungsmodus erleidet nun nicht nur, abgesehen von den Privatkranken, die eventuell zur Zahlung verpflichtete Kasse einen Schaden, der sich jährlich auf Hunderte von Mark beläuft, sondern es sind hauptsächlich auch die betreffenden Kranken erheblich benachteiligt, indem ihnen ein Tag vom Krankengeldbezug verlustig geht; die Kassen können nur die Gesamtdauer der Krankheitstage in Betracht ziehen.

Nun sind uns infolge dieser damaligen Angabe aber eine Anzahl Krankenanstalten namhaft gemacht, bei denen ebenfalls nach dem fiskalischen Princip verfahren wird, also auch zwei Tage berechnet werden. Nach vorliegenden Belägen, sämtlich aus dem Jahre 1890, sind dies außer der königlichen Charité noch das königliche Klinikum in der Ziegelstraße, das Augusta-Hospital in der Scharnhorststraße, das Central-Diakonissenhaus „Bethanien" und das Lazarus-Kranken- und Diakonissenhaus in der Bernauerstraße. Möglich ist, daß außer diesen genannten noch weitere Anstalten ebenso verfahren, wahrscheinlich hauptsächlich Privat-Krankenhäuser. Aus einer Anzahl weiterer Belege vom St. Hedwigs-Krankenhause und dem Elisabeth-Diakonissen- und Krankenhause, ferner von wohl allen städtischen Krankenanstalten als Urban, Friedrichshain, Moabit, Städtisches Obdach müssen wir ersehen, daß hier nicht so gerechnet wird; hier zählt Einlieferungs- und Entlassungstag als nur ein zu bezahlender Tag, was ja recht und billig ist.

Fraglich erscheint überhaupt die Berechtigung zu dem angeführten Fiskalismus; hier kann doch von Leistung und Gegenleistung nicht die Rede sein. Sind doch Fälle zu verzeichnen, wo die betreffenden Kranken weder Kur noch Verpflegung an dem Einlieferungstage empfingen, und andrerseits Fälle, wo das Bett noch an dem Entlassungstage gleich wieder belegt wurde, der Verwaltung also doppelte Zinsen einbrachte. Letztere Fälle dürften überhaupt zahlreicher vorkommen in Zeiten der Ueberfüllung der Krankenhäuser, wie es noch vor nicht langer Zeit in Berlin an der Tagesordnung war.

Dieser ungleichmäßigen Behandlung, die anerkanntermaßen gerade die auf öffentliche Krankenanstalten angewiesene arbeitende Bevölkerung sich notgedrungen gefallen lassen muß, diese Schädigung der Kassen muß beseitigt werden und die hiesige Centralkommission der Krankenkassen hätten alle Ursache, sich der Sache anzunehmen.

Die Amtsgeschäfte des Syndikus von Berlin hat mit dem heutigen Tage Stadtrat Kauffmann übernommen, da der bisherige Syndikus Stadtrat Neubrink die Niederlegung seiner städtischen Aemter wegen seiner Ernennung zum Ober-Verwaltungsgerichtsrat angezeigt hat.

Genosse Bebel teilt mit, daß er seine Wohnung gewechselt hat und jetzt in Schöneberg, Eisenacherstr. 41 wohnt.

Die boykottierte „Woche". Schauerlich, aber wahr. Die „Woche", die doch so brav und regierungsfromm ist und nichts bringt, was den deutschen Philister gegen die hohe Obrigkeit aufhetzen könnte, ist in aller Form amtlich boykottiert worden und dazu noch in einem Offizierskasino. Anfangs dachten wir, daß die Lenker des deutschen Heers die schöne Mission übernommen hätten, herzhaft gegen den schlechten Geschmack zu Felde zuziehen. Aber die Nachricht kommt aus Potsdam und es verhält sich mit ihr folgendermaßen: Die „Woche" hat einen Artikel gebracht, der sich mit dem Liebesverhältnis eines Offiziers beschäftigte und dessen Thaten abfällig kritisierte. Darauf erging ein Regimentsbefehl, wonach im Offizierskasino des 1. Garderegiments zu Fuß in Potsdam das berühmte Blatt nicht mehr ausgelegt werden darf. Mit der Rettung des guten Geschmacks an sich ist es also nichts.

Fünfzig Jahre Lehrer! Das fünfzigjährige Lehrerjubiläum kann mit Ablauf dieses Winterhalbjahrs von den Herren Gemeindeschulrektor Alexander Stärk, Gemeindeschullehrer Gustav Schön und Gemeindeschullehrer Karl Neuhaus begangen werden. Herr Stärk, der das 71. Lebensjahr vollendet hat, ist seit 1869 Rektor, gegenwärtig an der 34. Schule in der Langenstraße und leitet seit 1876 die in den Räumen dieser Schule untergebrachte 1. Mädchen-Fortbildungsschule. Herr Schön ist 70 Jahre alt und gehört gegenwärtig dem Lehrerkollegium der 117. Schule in der Eberswalderstraße an. Von den 50 Jahren seiner Lehrthätigkeit hat er 40 Jahre den Berliner Gemeindeschulen gewidmet. Herr Neuhaus, der bereits 76 Jahre alt ist und an der 195. Schule in der Manteuffelstraße unterrichtet, ist der älteste unter den nur „interimistisch" beschäftigten Gemeindeschullehrern. Er ist noch als ein nahezu Siebenzigjähriger in den Gemeindeschuldienst übergetreten, nachdem er bis dahin an Berliner Privatschulen, darunter 35 Jahre an der Wieprechtschen (später Schillmannschen) höheren Knabenschule, thätig gewesen war. Die drei alten Herren denken auch jetzt noch nicht daran, sich zur Ruhe zu setzen. Nur auf die Leitung der Mädchen-Fortbildungsschule wird Herr Rektor Stärk vom April ab verzichten.

Samariter auf dem Straßenbahn-Kriegsschauplatze. Für einen verfrühten Aprilscherz könnte man eine Meldung der „Voss. Ztg." halten, wenn die Erfahrungen der letzten Zeit nicht für ihre Wahrscheinlichkeit sprächen: Die häufigen Unfälle, die sich seit der Einführung des elektrischen Betriebs auf den Straßenbahnen ereignen, haben die Direktion der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn zu einer besonderen Maßnahme veranlaßt. Jeder der 150 im Betrieb stehenden Hauptwagen dieser Gesellschaft nämlich wird vom 1. April d. J. an mit einer Verbandtasche ausgerüstet, die außer den bei etwaigen Verletzungen von Fahrgästen notwendigsten Verbandsmitteln, wie Watte, sterilisierte Gazebinden, Heftpflaster usw., auch ein Fläschchen mit Aetherspiritus enthält, der im Fall plötzlich eintretender Erkrankungen und Ohnmachtsanfälle zur Anwendung kommen soll. Zur Zeit werden die Schaffner und Wagenführer von dem Apotheker und Chemiker Haupt in Charlottenburg über die zweckmäßige Anwendung und Handhabung der ihnen zur Verfügung gestellten Verbandsartikel unterrichtet, damit, wenn ärztliche Hilfe nicht gleich zur Stelle ist, sie in der Lage sind, dem Verletzten oder Erkrankten die erste Hilfe angedeihen zu lassen. — Vielleicht kommt es durch die zahllosen Unglücksfälle im Straßenbahn-Verkehr noch dahin, daß die Gesellschaft vom Roten Kreuz kriegsmäßig mobil macht.

Die Spree ist seit einer Woche wieder in andauerndem Steigen begriffen und das Hochwasser hat bereits den höchsten Stand des Vorjahrs erreicht, während der Wasserzufluß von dem Oberlauf noch immer sehr bedeutend ist, so daß noch ein weiteres Steigen des Wasserspiegels in Berlin um etwa 5 Zoll zu erwarten sein dürfte. Die Niederungen zwischen Charlottenburg und Spandau sind vollständig unter Wasser gesetzt und die Spree bildet hier einen ungeheuren See, der selbst die Feldwege überflutet hat, so daß vielfach kleine Nachen als Beförderungsmittel dienen müssen. Ebenso sind bei Erkner und weiter hinauf bis Fürstenwalde und Spremberg die Fluten aus den Ufern getreten und haben meilenweite Flächen unter Wasser gesetzt. Trotz der starken Strömung, welche das Befahren des Flusses sehr erschwert, ist die Schiffahrt außerordentlich rege und ganz besonders sind es die großen Hamburger Fahrzeuge, die im Winter vom Frost überrascht worden waren und sich nun nach ihren Bestimmungsorten schleppen lassen.

Fünf Einbrüche sind in der Nacht zum Donnerstag in der Nähe der Marschallbrücke versucht worden. Nach Aussagen von Arbeitern, die um 3 Uhr nachts über die Brücke kamen, handelt es sich wahrscheinlich um das Treiben des jugendlichen Gesindels, das sich in jener Gegend an der Spree und dem Hafen aufzuhalten pflegt. In dem Cigarrengeschäft von Kniep hatten die Einbrecher wenig Erfolg, weil sie wahrscheinlich gestört worden sind. Noch weniger richteten sie an den vier andern Stellen aus. In der Buchhandlung von Calvary u. Co. in der Neuen Wilhelmstr. 1 erbrachen sie einen Schaukasten und nahmen drei Bücher daraus mit. Diese ließen sie aber später im Kniepschen Cigarrenladen liegen. Im Cigarettengeschäft von Haby, ebenfalls in der Neuen Wilhelmstr. 1, wachte die erst spät von einer Festlichkeit heimgekehrte Verkäuferin auf und verscheuchte die Spitzbuben als sie eben dabei waren, die Thür anzubohren. Aus der Destillation von Brinkmann in der Neuen Wilhelmstr. 2 vertrieb sie der Hund, von dem Friseurladen von Rückert auf demselben Grundstück, an dem sie ebenfalls die Thür anbohrten, ein verspäteter Straßengänger. — Auf dem Grundstück Neue Wilhelmstr. 1 wurde am 28. v. M. eingebrochen und dem Cigarrenhändler Zubel für 40 M. Ware und 260 M. bar gestohlen. — In den Laden des Stempelfabrikanten Wünsche in der Friedrichstr. 122/23 drangen Einbrecher in der Nacht zum Donnerstag ein, indem sie aus der Flurthür eine Füllung mit dem Schloß ausbrachen. Sie erbrachen dann die Ladenkasse und stahlen ihren Inhalt, einen Behälter für das Geld und ein noch nicht fertiges Petschaft.

In der Irrenanstalt Herzberge starb am 13. Februar eine Pflegebefohlene, das frühere Dienstmädchen Schultze. Begreifliches Aufsehen erregt es unter den Angehörigen der Verstorbenen, daß sie von deren Ableben keine Nachricht erhielten und die Beerdigung vorgenommen wurde, ohne daß irgend einer von den Verwandten der Verstorbenen etwas davon wußte, obgleich ein in Schöneberg wohnender Bruder derselben bei einem Anstaltsarzt in Herzberge seine Adresse abgegeben hatte mit der Bitte, ihn zu benachrichtigen, wenn sich mit der Schwester etwas ereignen sollte. Erst am 7. März erfuhr der Bruder, daß seine Schwester gestorben war, und zwar durch die Armenverwaltung, welche bei ihm anfragte, ob er für seine Schwester die Pflege und Beerdigungskosten zahlen könne. Bei den in Mühlhausen i. Th. wohnenden Eltern der Verstorbenen langte noch am 20. Februar eine Anfrage der Armenverwaltung wegen Bezahlung der Pflegekosten für die Tochter an, ohne daß sie eine Nachricht von dem bereits am 13. Februar erfolgten Tode erhielten. Die Angehörigen sind begreiflicherweise empört darüber, daß man sie zu finden wußte, als sie zahlen sollten, nicht aber, als es sich um die Mitteilung vom Ableben ihres Familienmitgliedes handelte.

Die empfindliche Kälte dieser Tage macht sich im mittleren und südlichen Deutschland außerordentlich bemerkbar. Der Draht meldet, daß in Nürnberg das Thermometer gestern um 7 Uhr früh bei heiterem Himmel 15 Grad Celsius unter Null zeigte. In Leipzig und Dresden waren bei klarem Wetter gestern fast 9 Grad Celsius unter Null. Und in Essen a. d. Ruhr trat nach dem gestrigen Schneefall in der Nacht Frost ein, dem gestern früh wieder Schneefall folgte. In Straßburg fiel Schnee und gestern früh herrschte dort eine Kälte von 7½ Grad Celsius.

Die Aufbewahrung der Wirtschaftsgegenstände obdachloser Personen, deren Zahl zum 1. April wieder eine große Steigerung erfahren dürfte, findet, wie die Armendirektion bekannt macht, bis auf weiteres in der bisherigen Markthalle XII, Badstraße 10/10a und Grünthalerstr. 3—4 statt. Die Armenkommissionen und Polizeireviere sind angewiesen, die Mobilien Obdachloser nach dieser Markthalle und nicht nach dem städtischen Obdach in der Fröbelstraße zu überweisen.

Als geheilt entlassen wurde am Dienstag aus dem Groß-Lichterfelder Kreis-Krankenhause die Heldin jenes Liebesdramas, das sich am Nachmittage des 6. März im Grunewald abspielte, Josephine Müller aus Hamburg. Die Schußwunde, die dem jungen Mädchen von ihrem Bräutigam, dem 22 Jahre alten Droguisten Burmeister, dicht unterhalb der Schläfe beigebracht wurde, ist ganz überraschend schnell und gut geheilt.

Wegen versuchter Erpressung wurde hier ein ungarischer Schneider Namens Barth, der sich den Doktor- und Kammerrat-Titel beigelegt hatte, verhaftet. Barth gab früher unter dem Titel „Das gute Herz" eine Zeitschrift heraus, die sich angeblich der Wohlthätigkeitspflege widmete, die aber von den in Betracht kommenden

Vereinigungen ganz energisch zurückgewiesen wurde. Es wurde schon vor Monaten vor Barth gewarnt, und er hat denn auch keine besondere Rolle in den Kreisen, denen er sich aufzudrängen versuchte, spielen können. Barth hat nun, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, vor einiger Zeit die Interessen einer „Dame" bei ihrem angeblichen hochgestellten Liebhaber zu vertreten gesucht, dabei aber in einer Weise operiert, daß, wie bemerkt, seine Verhaftung wegen Erpressung erfolgte.

Eine Schlafstellendiebin ist wieder aufgetaucht. Es ist ein Mädchen von 17—20 Jahren, mit hellblondem Haar, frischem vollen Gesicht und starken, aufgeworfenen Lippen. Die Schwindlerin sucht dadurch Vertrauen zu erwecken, daß sie sich für eine Tochter eines Schlächtermeisters aus Königsberg ausgiebt. In der Tasche eines Kleids, das sie an einer Stelle unter Mitnahme eines besseren zurückließ, fand man Biermarken mit dem Zeichen A. B. Vielleicht kann der Eigentümer dieser Marken über die Persönlichkeit der Diebin Auskunft geben. Mitteilungen werden im Zimmer 38 des Polizeipräsidiums entgegengenommen.

Verschwunden ist seit dem 14. d. M. die am 22. Oktober 1882 zu Berlin geborene Tochter Marie der Wittwe Marie Gaida, Stralsunderstr. 61. Das junge Mädchen wurde von ihrer Herrschaft zu Unrecht der Untreue beschuldigt; bevor sich ihre Unschuld herausgestellt hatte, war sie unter der Andeutung, daß sie sich das Leben nehmen wolle, verschwunden. Marie Gaida war bekleidet mit einem rot und weiß karierten Hauskleide, sie trug eine weiße Mütze, schwarze Strümpfe und Halbschuhe. Wer etwas von der Unglücklichen erfahren hat, wird gebeten, der Mutter Mitteilung zu machen.

Feuerbericht. Mittwoch früh brannten Gitschinerstraße 82 Kleidungsstücke auf dem Hängeboden. In der Lindengallerie, Stand 3, hatte sich Glühstoff entzündet, doch konnte größerer Gefahr leicht vorgebeugt werden. Simeonstr. 2 ging eine Strohverpackung im Keller in Flammen auf. Ein Schaufensterbrand verursachte eine Alarmierung nach Kurfürstenstr. 32. Landsberger Allee 129 ging eine Bretterbude und Kulmstr. 6 ein Korb mit Wäsche in Flammen auf.

Die Fortbildungsschule am Wedding, N., Ravenéstr. 4, eröffnet das Sommerhalbjahr am 1. April (Osterferien vom 4.—10. April). Außer in den allgemein bildenden Fächern, Deutsch, bürgerlichem, kaufmännischem und geometrischem Rechnen, wird in Französisch und Englisch in Ober- und Unterkursen, in einfacher und doppelter Buchführung, Stenographie, Geometrie, Algebra, Physik, Mechanik, Chemie, Zirkel-, Projektions-, Ornament- und Körperzeichnen, Fachzeichnen für Graveure und Lithographen und im Modellieren unterrichtet. Ferner ist mit der Schule ein städtischer Gewerbesaal verbunden, in dem Fachzeichnen für Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker usw. gelehrt wird. Der Leiter der Anstalten, Herr Brüggemann, nimmt an den Wochentagen von 7—9 Uhr abends und an den Sonntagen von 8—12 Uhr vormittags Anmeldungen entgegen, erteilt auch jede nur gewünschte Auskunft in Schulangelegenheiten. Außerdem weist dort der Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend geeignete Lehrstellen nach.

Die Schlosserinnung Berlin stellt vom 31. März bis 8. April in der Gemeindeschule, Hinter der Garnisonkirche, von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends eine Wander-Ausstellung von Schlosserarbeiten der Schüler der deutschen Schlosserschule zu Roßwein aus, wozu eingeladen werden alle Freunde unsres Handwerks. Die Eröffnung ist Sonntag, den 31. März, 12 Uhr. Eintritt frei.

Rennsport. Die Radrennbahn Treptow, welche Besitzer und Direktion gewechselt hat, wird gegenwärtig einem Umbau und einer gründlichen Renovation unterzogen. Nicht nur die Bahn selbst wird verbessert, sondern auch für bessere Unterbringung des Publikums sowie der Rennfahrer wird durch umfangreiche Neubauten, Tribünen usw. Sorge getragen. Die neue Direktion hat bereits für Sonntag nach Ostern Fliegerrennen für Berufsfahrer ausgeschrieben, an denen bestimmt Willy Arend teilnehmen wird.

Aus den Nachbarorten.

Der Rixdorfer Wohnungs-Deputation hat der Stadtverordnete Wach (Soc.) folgende beiden Anträge — den zweiten für den Fall der Ablehnung des ersten — unterbreitet:

„Der Magistrat wird um eine Vorlage ersucht, durch welche die Errichtung von gesunden und billigen kleinen Wohnungen durch die Stadt schleunigst in die Wege geleitet wird. Die Höhe der Miete ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung der Gebäude aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung der Häuser entstehenden Aufwendungen, sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden. — Die erforderlichen Mittel sind durch Anleihe zu beschaffen." II. „Der Magistrat wird ersucht, mit gemeinnützigen Baugesellschaften und gemeinnützigen Aktiengesellschaften für die Herstellung gesunder kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten und die Modalitäten festzusetzen, wie durch Unterstützung seitens der Stadt kleine Wohnungen durch jene Genossenschaften in erheblicher Anzahl hergestellt werden können. Die Höhe der Mieten ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung usw. entstehenden Aufwendungen sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden. — Die erforderlichen Mittel sind durch Anleihe zu beschaffen."

Die Deputation beschloß, die Beratung und Beschlußfassung über diese Anträge bis zur nächsten Sitzung auszusetzen.

Die Gewerbedeputation der Stadt Rixdorf verhandelte am Dienstag über die anderweitige Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tage-Arbeiter. Infolge einer Regierungsverfügung mußte sich die Deputation damit beschäftigen, nachdem sie vor nicht viel länger als einem halben Jahre einen nach derselben Richtung zielenden Antrag des Stadtv. Wach fast einstimmig abgelehnt hatte. Es sind Erhebungen vom Magistrat veranstaltet worden, welche ergeben haben, daß der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tage-Arbeiter durchweg die Sätze übersteigt, die vor Jahren von der Regierung gemäß § 8 des Krankenversicherungs-Gesetzes festgesetzt worden sind und wonach noch jetzt die von der Allgemeinen Rixdorfer Ortskrankenkasse gewährten Unterstützungen bemessen werden. Bei den männlichen erwachsenen Arbeitern ist das Verhältnis 2,89 zu 2,40 M. — Der Vorstand der Ortskasse äußerte sich dahin, daß für die erwachsenen männlichen Arbeiter eine Festsetzung des Tagelohns auf 3 M. geboten erscheine. Die socialdemokratischen Mitglieder traten sofort dafür ein und die andren Herren ließen schließlich auch ihre wiederholt geltend gemachten Bedenken fallen. So kam ein einstimmiger Beschluß zu stande, der Regierung die Festsetzung auf 3 Mark statt des augenblicklich geltenden Satzes von 2,40 M. vorzuschlagen. — Für männliche Arbeiter unter 16 Jahren und Lehrlinge beträgt jetzt der Satz 1,50 M., für weibliche erwachsene Personen 1,30 M., für weibliche Personen unter 16 Jahren 1 M. Die Deputation beschloß die Erhöhung dieser Sätze auf 1,80 M., 1,50 M. und 1,20 M. vorzuschlagen. Die Regierung hat auch verlangt, den Jahres-Arbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter neu zu ermitteln. Es handelt sich hierbei um dessen Festsetzung zu Zwecken der Unfallversicherung. Die Deputation beschloß vorzuschlagen, die Regierung möge statt der bisherigen Sätze von 600 M., 360 M., 300 M. und 210 M. festsetzen für männliche erwachsene Arbeiter 720 M., für weibliche erwachsene Arbeiter 450 M., für männliche Arbeiter unter 16 Jahren 390 M. und für weibliche Arbeiter unter 16 Jahren 300 M.

Aus Rixdorf. Auf die Geschäftslokale des Konsumvereins Berlin-Rixdorf scheint es eine Einbrechergesellschaft abgesehen zu haben. Vor etwa acht Tagen wurde ein Einbruch in dem Geschäftslokal Hobrechtstr. 82 verübt, wobei die Ladenkasse und Waren entwendet wurden, und in der Nacht zum Montag wurde das Geschäftslokal in der Ziethenstraße von Einbrechern heimgesucht. Hausbewohner überraschten einen derselben und schlugen ihn, als er sich zur Wehr setzte, mit einem Hammer nieder. Nachdem der erheblich Verletzte in der Unfallstation verbunden war, erfolgte seine Ueberführung nach der Polizeidirektion, wo er angab, der obdachlose Tischler Otto Rüdiger zu sein. Sein Komplice, ein gewisser Engel, habe „Schmiere" gestanden und sei entkommen. R. ist dem hiesigen Amtsgericht überwiesen worden.

Das „Dorf" Lichtenberg giebt nunmehr seinen Voranschlag für 1901 bekannt. Während der Etat pro 1900 noch mit 919 000 M. in laufenden Einnahmen und Ausgaben abschloß, die einmaligen Einnahmen und Ausgaben sich auf 2 320 560 M. beliefen und ein Einkommensteuer-Zuschlag von 125 Proz. erhoben wurde, zeigt der diesjährige Etat eine laufende Einnahme und Ausgabe von 1 010 000 M. und eine einmalige Einnahme und Ausgabe von 2 800 000 M. Die Zuschläge zur Einkommensteuer sollen 140 Proz., die zur Gewerbesteuer 150 Proz. und die zur Betriebssteuer 100 Proz. betragen. Das gesamte Steuer-Soll beträgt 697 250 M. Die von der Landgemeinde Lichtenberg an den Kreis zu entrichtende Abgabe ist mit 110 000 M. eingestellt. Neu eingesetzt sind 1000 M. zur Begründung einer Volksbibliothek. Eine höhere Töchterschule, deren Schülerinnen in der Mehrheit der Berliner „besseren Gesellschaft" angehören, die aber nebenbei auch von einigen „höheren" Lichtenberger Kindern besucht wird, soll mit 1000 Mark bedacht werden. Der Gemeindevertretung werden 25 000 Mark zur Verfügung gestellt. Beim Etat der Gaswerke, der ebensowohl wie der der Wasserwerke nebenher vorgelegt wird, ist in der ordentlichen Ausgabe und Einnahme von 291 000 M. ein Gewinn von 35 000 M. enthalten, während das Extra-Ordinarium mit 50 000 M. abschließt. Die Wasserwerke aber, die in Einnahme und Ausgabe mit 115 000 M. abschließen, erheischen einen Gemeindezuschuß von 14 250 M., während doch nach dem Ortsstatut die Grundbesitzer zur Aufbringung der Entwässerungskosten verpflichtet sind. Am Schluß sei noch bemerkt, daß zum Bau eines Armenhauses nicht, wie geschrieben wurde, 25 000 M., sondern 75 000 M. bewilligt worden sind.

Im Wachstum Charlottenburgs macht sich mehr und mehr ein gewisser Stillstand bemerklich. Während sonst ein Rückgang in den Sommermonaten beobachtet wurde, stellt jetzt der neueste Monatsbericht des Statistischen Amts der Stadt zum erstenmale eine Abnahme der Bevölkerung im Winter fest. Im Monat Dezember 1900 fiel nämlich die Zahl der Einwohner von 189 364 auf 189 198, zeigte also eine Verminderung von 166 Seelen.

Diphtherie-Heilserum soll auf Beschluß des Niederbarnimer Kreisausschusses an Kreiseingesessene mit einem Einkommen bis zu 900 Mark auf Kosten der Kreiskommunalkasse unentgeltlich verabfolgt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Heimarbeit ist Trumpf? Neben den vielen Stimmen, welche die Heimarbeit der Frau im Hauptberuf als die aufreibendste und schädlichste Form der Lohnarbeit bezeichnen, erhebt sich eine, die des evangelisch-socialen Vereins, welche darin das Ideal der weiblichen Arbeit sieht. Ist doch die Frau ihrem „Heim" erhalten. Aber freilich, der Name allein thut es nicht, und die Freunde der Heimarbeit bemühen sich, ihren Schützling etwas präsentabler zu machen. Sie eröffnen einen Kampf gegen die schlimmsten Schäden der Hausindustrie. Diesem guten Zweck kann jeder nur guten Erfolg wünschen, selbst wenn ihn die angewendeten Mittel befremden sollten. In einer Versammlung in dem Vereinshaus Frankfurter Straße wurden die allgemein üblichen Handzettel zum Teil in der Schule durch die Lehrerin verbreitet. Die kleinen Mädchen brachten die Zettel nach Hause, doch fanden sich von der betreffenden Schulklasse nur zwei Mütter bereit, der Einladung Folge zu leisten. Eigentümlich berührte es die Besucherinnen, daß sie beim Eintritt Namen, Stand und Adresse angeben mußten; es ist sonst in Versammlungen kaum Sitte, daß man gleich aufgeschrieben wird. Im Verlauf des Abends wurde ein Heimarbeiterinnen-Verein gegründet und die Versammlung, welcher zur Erquickung Thee gereicht wurde, nach Ernennung eines Vorstands für den neuen Gewerkverein geschlossen. Ein kleines Nachspiel fand in der obenerwähnten, im Osten gelegenen Schule noch statt: die Lehrerin fragte den nächsten Morgen die Kinder, ob ihre Mutter die Versammlung besucht habe. Die renitenten Mütter, welche zugleich Heimarbeiterinnen sind, wurden aufgeschrieben. Ob es den Kindern gleich klar wird, daß dies zu dem Zweck geschieht, um die Mütter das nächste Mal eindringlicher einzuladen, ist schwer zu sagen, aber das ändert auch nichts an der ganzen Sachlage.

Gewiß ist es gut und notwendig, etwas für die Heimarbeiterinnen zu thun. Wenn diese noch so wenig aufgeklärte, so gedrückte Klasse lernt, für sich durch festes Zusammenstehen zu sorgen, Forderungen zu stellen und sie auch zu verfechten, so wird das jeden Freund der Arbeiterinnenbewegung mit Befriedigung erfüllen. Aber die Art, wie die Schule herangezogen wird, ist mindestens sehr anfechtbar. Bisher hat man gemeint, daß Agitationen nicht in die Schule gehören. Der Druck von der Schule aus durch das Kind auf die Mutter in Dingen, welche mit dem Kinde direkt nichts zu thun haben und mit der Schule auch nichts, erscheint in sehr zweideutigem Licht, wenn er von einer Partei zu ihren Gunsten ausgeübt wird. Sollen in den Klassen Zettel verteilt werden, dann thue man es unparteiisch. Was einer Partei recht ist, sei der andren billig.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse referierte am Montag Fräulein Dr. Wyzodezinsky über „Frauenkrankheiten". Die zahlreich erschienenen Frauen folgten dem interessanten Vortrag mit lebhaftestem Interesse und die Diskussion gestaltete sich sehr rege. Der nächste Vortrag findet am 15. April statt und wird Frau Lily Braun über „die Reform der Hauswirtschaft" sprechen.

Gerichts-Zeitung.

Welch' schwere Nachteile durch Unkenntnis von Rechtsverhältnissen entstehen können, lehrt folgender Fall: Der Arbeiter Scholz war vom Schöffengericht wegen schwerer Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Seiner Behauptung, daß er sich nur eines Angreifers, vielleicht allzu nachdrücklich, erwehrt habe, fand keinen Glauben. Nachdem der Vorsitzende das Urteil verkündet hatte, erklärte der Angeklagte, er lege Berufung ein, vor der zweiten Instanz werde er durch von ihm zu ladende Zeugen den Nachweis bringen, daß er unschuldig sei. Der Vorsitzende, an derartige Erklärungen gewöhnt, erwiderte: „Ja, ja, gehen Sie nur, es ist alles in Ordnung." Der Angeklagte war der Meinung, durch die in öffentlicher Sitzung abgegebene Erklärung in ordnungsmäßiger Weise Berufung eingelegt zu haben; er wurde daher unangenehm überrascht, als er nach einiger Zeit erfuhr, daß das Urteil rechtskräftig geworden sei. Seinem Verteidiger blieb nichts andres übrig, als für den Angeklagten die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu beantragen. In dem Antrage wurde es als eine große Härte bezeichnet, wenn in solchem Fall das Gesetz keine Möglichkeit gäbe, die Rechtskraft abzuwenden. Der Angeklagte habe durch seine Erklärung andeuten wollen, daß gleich in der Sitzung die Anmeldung der Berufung durch den Gerichtsschreiber zu Protokoll aufgenommen werden möchte. Dies sei nicht geschehen, also stillschweigend abgelehnt worden. Dem Angeklagten dürfe hieraus ein Nachteil nicht erwachsen. Das Amtsgericht lehnte den Antrag ab mit der Begründung, daß der angebliche Irrtum als ein unabwendbarer Zufall nicht angesehen werden könne. Auf die vom Verteidiger erhobene sofortige Beschwerde trat die Strafkammer der Ansicht des Vorderrichters bei. Es sei Sache des Angeklagten gewesen, sich nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erkundigen, und sein eigenes Verschulden sei es, wenn er dies unterlassen habe. Nun stellte der Verteidiger beim Amtsgericht den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, indem er neue Thatsachen und Beweismittel angab, die der Angeklagte erst später kennen gelernt habe und die zu seiner Freisprechung führen müßten. Diesem Antrag wurde stattgegeben und fand darauf gestern die erneute Verhandlung statt, die diesmal mit Freisprechung des Angeklagten endete, da angenommen wurde, daß er sich im Zustande der Notwehr befunden habe. Wäre es etwa der Würde des Gerichts nicht angemessen gewesen, wenn der Vorsitzende nach erfolgter Verurteilung dem Arbeiter kurz bedeutet hätte, wie er es anfangen muß, Berufung einzulegen?

Wegen Bedrohung eines Arbeitswilligen. Wegen eines „Arbeitswilligen" wurden gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zwei Arbeiter wieder schwer bestraft. Der Maurer Franz Krauskopf und der Maschinenschlosser August v. Brüsinsky, beide in Königswusterhausen wohnhaft, waren angeklagt wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, wegen Nötigung und wegen öffentlicher Beleidigung. Im Mai v. J. war beim Bau der neuen Schwartzkopffschen Werke in der Kolonie Wildau bei Königswusterhausen ein Ausstand ausgebrochen. Der Maurer Mikel spielte dabei die Rolle des „Arbeitswilligen". Seiner Angabe nach ging er am 23. Mai, am Abend vor Himmelfahrt gegen 7 Uhr über den Marktplatz in die Potsdamerstraße hinein. Dort standen die beiden Angeklagten mit noch mehreren andren. Krauskopf habe nun hinter ihm hergerufen: „Der verfluchte Pollak arbeitet dort, dem müßte man die Knochen im Leibe entzwei schlagen!" Dazu habe v. Brüsinsky gesagt: „Wenn der Hund arbeitet, denn sinkt ihm doch einmal ordentlich die Kaffeekanne ins Genick!" Die Angeklagten bestritten entschieden ihre Schuld. Krauskopf gab an, er habe mit dem Streik gar nichts zu thun gehabt. Er habe am Bau des Blindenheims gearbeitet, wo nicht gestreikt wurde. Der Angeklagte zu II erklärte, daß er schon aus dem einfachen Grunde nicht dabei gewesen sein könne, weil die Begegnung schon vor sieben Uhr stattgefunden habe, er dagegen stets erst gegen ½8 auf dem Bahnhof und um ¾8 in der Stadt eintreffe. Die Verteidigung, Rechtsanwalt Dr. Liebknecht, stellte unter Beweis, daß der Hauptbelastungszeuge Mikel ein Trunkenbold sei und zu dritten Personen verschiedene Darstellungen des Vorfalls gegeben habe, welche es sehr unwahrscheinlich machten, daß der Vorfall sich überhaupt zugetragen habe. § 153 könne aber nicht in Betracht kommen, weil der Streik zu jener Zeit schon vorüber war. Das letztere hielt der Gerichtshof nicht für festgestellt, ließ es aber auch dahingestellt, weil die Drohungen und Beschimpfungen zum mindesten den Zweck hatten, das zukünftige Verhalten der Arbeitswilligen bei einem etwaigen Streik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im übrigen wurde dem Belastungszeugen Mikel voller Glaube beigemessen. Der Gerichtshof erkannte daher im Sinne der Anklage gegen jeden der beiden Angeklagten auf drei Monate Gefängnis.

Der Buchhalter Alwin Schulz, Am Mühlendamm 3, teilt uns mit, daß er mit dem im Kaiserkeller-Prozeß vorgestern genannten Angeklagten gleichen Namens nicht identisch ist.

Schutz vor Schutzleuten. Vor der Kölner Strafkammer hatte sich der Kriminalschutzmann Ignaz Rautekus wegen schwerer und wegen leichter Mißhandlung zu verantworten. Er geriet eines Abends um 11 Uhr, nachdem er einen freien Nachmittag verlebt hatte, mit jungen Mädchen und jungen Männern in Wortwechsel, worauf er einen Mann ohne besonderen Anlaß derart mit einem Stock über den Kopf schlug, daß der Unglückliche blutend hinstürzte und zehn Tage lang arbeitsunfähig war. Als er am Boden lag, versetzte der Gesetzeswächter dem Mann noch einige Schläge. Einer hochschwangeren Frau, die ihm wehren wollte, trat er gegen den Leib. Der Staatsanwalt beantragte wegen Mißhandlung in zwei Fällen 150 M. Geldbuße. Das Gericht sah wegen der Roheit der Ausschreitungen von einer Geldstrafe ab und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

Die sogen. Eternberg-Prozesse in Köln haben gestern begonnen. Der „Köln. Volksztg." zufolge schweben insgesamt 36 Anklagen wegen Verbrechens gegen § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs bezw. schwerer Kuppelei. In den Verhandlungen werden etwa 12 bis 14 junge Mädchen und zwar einige von diesen in mehreren jener Prozesse auftreten. Gestern stand vor der Strafkammer in Köln der zu Bielefeld gebürtige Kaufmann Hugo Fiedler aus Köln. Er wurde überführt, während des vorigen und in diesem Jahre mit drei noch nicht vierzehn Jahre alten Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Zwei jener Mädchen sind Schwestern, und das jüngste war damals elf, das älteste dreizehn Jahre alt. Letzteres ist inzwischen spurlos verschwunden. Die beiden andren gestanden ein, daß sie auch schon vorher Besuche bei andren Herren gemacht hätten. Die gänzlich verkommenen Kinder, welche inzwischen von der Schule entlassen worden sind, standen auch in Beziehung zu dem Kaufmann Bohndorf aus Köln, der sich bekanntlich im Untersuchungsgefängnis erhängt hat. Sie werden auch in den noch folgenden Prozessen als Zeuginnen auftreten. Das Gericht faßte die verschiedenen Verbrechen des Angeklagten als eine fortgesetzte Handlung auf und verurteilte Fiedler zu neun Monaten Gefängnis.

Der Prozeß gegen den Frauenmörder Kost in Bremen hat gestern begonnen. Der Angeklagte, der zwei Jahre in Untersuchungshaft gesessen hat, erklärt, daß er an dem Tode der Dienstmagd Vodicka unschuldig sei. Die letzten Tage, in denen die Vodicka noch lebend gesehen wurde, werden vor Gericht Stunde für Stunde nachgeprüft. Es wird festgestellt, daß nach den Angaben des Angeklagten am 17. März zwischen Kost und der Ermordeten ein Konflikt entstanden sei, teils weil sie sich in Geldsachen von ihm übervorteilt glaubte, teils weil sie auf ein andres Mädchen, Schimera, seine nachmalige Frau, an die er eine Ansichtskarte schrieb, eifersüchtig war. Nach dieser Scene soll sie fortgegangen sein, und er behauptet, sie hinterher nicht mehr gesehen zu haben. Er hatte ihre hinterlassenen Sachen nach Wien an die Schimera geschickt und ist selbst zweiter Klasse dorthin gefahren. Die goldene Uhr der Vodicka, ihre Ohrringe und Halskette hat er versetzt. Mit der Schimera ist er dann nach Amerika gegangen. Es werden hiernach verschiedene Briefe und protokollarische Aussagen verlesen. Es scheint daraus hervorzugehen, daß Kost erblich belastet ist, sein Vater ist in der Irrenanstalt gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Buchdruckerei M. Sie bekommen Diäten für die ganze Session, auch während der Vertagung.

Buchholzerstraße. Die Walfisch-Ausstellung am Oranienburger Thor war 1888.

L. G. 102. Eine deutsche Uebersetzung des Stücks in Buchform ist bisher noch nicht erschienen.

Anna. Um in Berlin Hebamme zu werden, meldet man sich beim Bezirksphysikus Schulz am Tempelhofer Ufer 29; Frauen aus dem Regierungsbezirk Potsdam melden sich bei ihrem Kreisphysikus. Diese erste Meldung geschieht zum Zwecke der Vorprüfung und Untersuchung. Hierauf haben die Frauen beim Polizeipräsidenten und die aus dem Regierungsbezirk Potsdam beim Regierungspräsidenten ein Gesuch um Zulassung zur Ausbildung einzureichen. Sodann erhalten sie Bescheid, ob sie angenommen sind oder nicht, und werden im ersteren Fall zu dem Kursus einberufen, der jährlich vom 1. Oktober bis 31. März in der Charité abgehalten wird. Während der Zeit ihrer Ausbildung müssen die Frauen in der Charité wohnen. Die Kosten für Ausbildung, Wohnung, Verpflegung und Instrumente stellen sich auf etwa 300 M. Frauen im Alter von über 30 Jahren werden in Preußen zur Ausbildung nicht zugelassen.

B. 321. Ist eine Kündigungsfrist von 3 Monaten und 3 Tagen vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 28. März in den Händen dessen sein, dem gekündigt werden soll. Ihr Wirt müßte also spätestens am 28. im Besitz der Kündigung sein, die Absendung der Kündigung am 28. genügt nicht. Lehnt der Wirt Annahme des Kündigungsschreibens am 28. ab, so gilt dies ebensoviel, als ob er es in Empfang genommen hätte.

M. H. 1. Sechs Wochen zum Quartalsersten, falls nicht etwa Accordlohn vorliegt. 2. Darlehen dürfen vom Lohn nicht abgezogen werden, wohl aber thunen Lohnvorschüsse auf den Lohn verrechnet werden. 3. Ja. 4. Nein. 5. a) Nein. b) Ja. 6. Bis zum 1. Juli. 7. Ist der Meister Innungsmann, so ist das Innungsschiedsgericht als erste Instanz, sonst das Gewerbegericht zuständig. — **H.** Ihres Auslagen für Ihren Sohn sind nicht abzurechnen, der Verdienst Ihrer Frau ist anzurechnen. — **F. P. 30.** Der 23. Januar. — **M. N., Schöneberg.** Bei 1. ist es zutreffend, 2. nein. **N. N. Vereine.** Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts würde auch für den Verein der frühere Schluß einzutreten haben, es sei denn, er mietet das Lokal und schänkt von Eintritt der Polizeistunde ab nicht mehr

aus. — **P. S. 53.** Auf die von Ihnen dargelegten Thatsachen kann eine Ehescheidung gegründet werden. — **R. S.** Der Mietsstempel ist für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar zu zahlen. In Ihrem Fall beträgt er 50 Pf. — **W. S. 22.** (Flugblatt-Verbreitung.) Die Rechtslage ist nach der Rechtsprechung des Kammergerichts wie folgt: 1. Die unentgeltliche Verteilung von Drucksachen in Wohnungen und geschlossenen Räumen (zu diesen gehören Hausflure, Treppenflure, Gastlokale und ähnliche Räume, nicht aber Vorgärten) ist nach § 43 Nr. 5 der Gewerbe-Ordnung keinerlei Beschränkungen unterworfen, gleichviel, ob es sich um Zeitungen oder um Flugblätter handelt. 2. Plakate, Bekanntmachungen und Aufrufe dürfen auf öffentlichen Wegen, Straßen und andern öffentlichen Orten nur mit Genehmigung der Polizei verbreitet werden. Zeitungen gehören in der Regel nicht zu solcher Art Druckschriften. 3. Die Verkündungs-Verordnungen verbieten öffentlich bemerkbare, an Sonntagen vorgenommene Arbeiten. Das Kammergericht hat angenommen, das unverhüllte Austragen von Flugblättern sei solche Arbeit, aber das Austragen durch Mappen, Hüllen 2c. entziehe die „Arbeit“ der Oeffentlichkeit, sei also nicht strafbar. Aus agitatorischen Gründen empfiehlt es sich, auch diese erlaubte Art des Austragens nicht während der Kirchenzeit vorzunehmen. 4. Endlich ist seit dem 1. Januar das Austragen von politischen Zeitungen (nicht Flugblättern) zu der Zeit, zu der Briefe durch die Post ausgetragen werden, durch reichsgesetzliche Bestimmungen polizeilichen und gerichtlichen Vexationen entzogen und frei. — **Aug. La.** Es ist eine durch gesetzliche Vorschriften nicht erklärliche Gewohnheit der Strafverfolgungsbehörde, vor oder unmittelbar nach Erhebung einer Anklage recherchieren zu lassen, ob der Mitthäter voraussichtlich in der Lage sein wird, die Gerichtskosten zu zahlen. Früher wurde mit der Beantwortung solcher Zukunftsfragen die allwissende Polizei beauftragt. Ihren Organen zu antworten, war der Justizpat keineswegs verpflichtet. Seitdem die Menge der unentdeckten Mörder zugenommen hat, ist durch justiz- und polizeiministerielle Verfügung angeordnet, daß die Staatsanwaltschaft mit der Ausübung der zu den Akten zu bringenden Hellsehereiversuche diejenigen Organe betrauen soll, die zur Ausstellung einer Bescheinigung über die Unzulänglichkeit des Vermögens zwecks Erwirkung des Armenrechts in einem Civilprozeß betraut sind. Das ist in Berlin der Magistrat. Dieser übergiebt die Anfrage der Armenkommission, diese übermittelt sie den Armenkommissionen, diese ihren einzelnen Mitgliedern. Der größte Teil dieser Herren sendet die ihm zugegangenen Ersuchen um Prophezeiungen über zukünftige Vermögenslagen so rein und unbeschrieben, wie sie ihm zugegangen sind, kurzerhand zurück. Ein Teil, und zu diesem scheint der von Ihnen erwähnte Herr zu gehören, schaut mit ehrfurchtsvollem Staunen auf das in sein Wissen gesetzte Zutrauen, ermißt die Tiefe des alten Worts: „wem die Behörde giebt ein Amt, dem giebt sie auch Verstand,“ hüllt die schützende Hülle auf seinen Verstandskasten und beginnt sich mit gemessener Würde zu der Person, deren zukünftige Vermögensverhältnisse er offenbaren soll. Sothane Person hat das Recht, ihm jegliche Auskunft zu weigern oder dem Wissensdurstigen zu offenbaren: sie sei in der Lage, es zu ertragen, wenn für den Fall ihrer Freisprechung auch die ihr erwachsenen Auslagen der Gerichtskasse zur Last gelegt würden, und ermächtige den Herrn, diese Offenbarung der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis zu bringen. Ihre Frau hat also den richtigen Weg eingeschlagen. Hat das betreffende Mitglied der Armenkommission fremden Leuten Mitteilung über das Vorliegen einer Straffache gemacht, so war das ungehörig. Ihnen steht das Recht der Beschwerde an den Magistrat offen. Daß derartige Belästigungen in Zukunft in Wegfall kommen, ist widerholt auch im Interesse der Armenkommissionen und der Selbstverwaltung verlangt.

Marktpreise von Berlin am 26. März 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut	D.-Ctr.	15,86	15,83	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,—	5,—
„ mittel	„	15,81	15,79	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	15,77	15,75	do. Bauch	„	1,20	1,—
Roggen, gut	„	14,20	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Gerste, gut	„	15,60	14,80	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,70	13,90	Eier	60 Stück	4,—	2,60
„ gering	„	13,80	13,10	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Hafer, gut	„	15,90	15,40	Aale	„	2,80	1,—
„ mittel	„	15,30	14,90	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	14,80	14,40	Hechte	„	2,20	1,20
Richtstroh	„	7,—	6,66	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,90	5,20	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schok	12,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn.

Produktenmarkt vom 27. März. Getreide. Heute behaupteten Weizen und Roggen ihren erzielten Preisstand, da von allen Seiten empfindlicher Frost gemeldet wurde, und überdies das effektive Angebot knapper gehalten war. Von den ausländischen Börsen lagen durchweg schwache Meldungen vor. Der hiesige Markt wurde jedoch dadurch nur vorübergehend beeinflußt. Trotz der festen Grundstimmung scheiterten die Versuche der Abgeber, weitere Preisavancen zu erzielen, an der zunehmenden Zurückhaltung der Käufer, die ihren Grund in der veränderten Windrichtung, welche wärmeres Wetter erwarten läßt, hatte. Auch Mehl war unverändert, Hafer sehr still, Mais behauptet. Rüböl lag für Herdlieferungen fest, 30 Pf. höher, nahe Sichten schwach behauptet.

Spiritus zog bei gesteigerter Nachfrage 30 Pf. an. 70er loco notierte 44,50 M.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 27. März 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 357 Rinder, 726 Kälber, 1427 Schafe, 9725 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 48—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 45—47; e) gering genährte Kühe und Färsen 40—44. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 70—72, b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 60—64, c) geringe Saugkälber 54—56, d) ältere, gering genährte (Fresser) 40—46. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 55—62, b) ältere Masthammel 49—57, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 45—48, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer 56—57; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Fette) 00—00; c) fleischige 54—55; d) gering entwickelte 50—53; e) Sauen 51—52. Für 100 Pfund mit 20 pCt. Tara.

Verlauf und Tendenz. Der Kälberauftrieb wurde bis auf etwa 25 nicht passende Stücke geräumt. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen blieben ungefähr 200 Stück unverkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig aber fest und wird voraussichtlich geräumt.

Witterungsübersicht vom 27. März 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer auf mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	755	SSW	3	bed.	−2	Haparanda	758	NNW	2	bed.	−13
Hamburg	762	SSW	3	bedeckt	−2	Petersburg	760	SO	1	wolkenl.	−14
Berlin	756	SW	3	heiter	−3	Cork	762	NNO	5	bed.	3
Frankf./M.	757	SSW	4	heiter	−3	Aberdeen	755	NW	5	bedeckt	−2
München	757	W	5	heiter	−5	Paris	758	SSW	2	bedeckt	−2
Wien	755	NW	3	Schnee	−3						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. März 1901.

Nachts etwas gelinder, am Tage kühl und vorherrschend wolkig mit leichten Schneefällen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 28. März.

Opernhaus. Samson und Dalila. Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus. Torquato Tasso. Anfang 7½ Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Robert und Bertram. Anfang 7½ Uhr.

Schiller. Ein Schritt vom Wege. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Morgen. Hierauf: Wiederfinden. Anfang 7½ Uhr.

Lessing. Die Zwillingsschwester. Anfang 7½ Uhr.

Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7½ Uhr.

Residenz. Leontines Ehemänner. Vorher: Teremiete. Anfang 7½ Uhr.

Neues. Der Ausflug ins Sittliche. Anfang 7½ Uhr.

Westen. Der Troubadour. Anfang 7½ Uhr.

Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 7½ Uhr.

Thalia. Der Kadetten-Vater. Im 5. Bild: Das Ueberbrettl. Anfang 7½ Uhr.

Central. San Toy. Anfang 7½ Uhr.

Luisen. Kyrtz-Pyrtz. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7½ Uhr.

Carl Weiß. Einer von unsre Leut. Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance. Der Leibalte. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Specialitätenvorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7½ Uhr.

Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Secessions-Gesänge. Anfang 8 Uhr.

Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7½ Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Rosendienstag. Anfang nachm. 3 Uhr.

Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung“.

Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstagabend 8 Uhr: **Der Erbförster.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von Otto Ludwig.

Freitagabend 8 Uhr: **Der Erbförster.**

Sonnabendabend 8 Uhr: **Der Erbförster.**

Central-Theater.

San Toy

Anfang 7½ Uhr.

Freitag: **San Toy.**

Sonnabend: **Die Puppe.**

Sonntagnachmittag 3 Uhr, zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.**

Abends 7½ Uhr: **Die Puppe.**

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.

Heute und folgende Tage:

Der Kadetten-Vater.

Posse mit Ges. u. Tanz in 5 Bildern. Anfang 7½ Uhr.

Herren: Thomas, Thielscher, Heimerding, Junkermann, Paulmüller.

Damen: Milton, Mitiani, Bojé, Mannovius.

Im 5. Bild: **Das Ueberbrettl.**

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.

Einer von unsre Leut.

Anfang 8 Uhr.

Freitag: Opern-Gastspiel. **Der Waffenschmied.**

Sonnabend: **Einer von unsre Leut.**

Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung. Kleine Preise: Max und Moritz.

Sonntag, Oper: Der Waffenschmied.

In Vorbereitung: Sonnabend, den 6. April cr.: **Eine russische Mazeppa.** (Menschikoffs Tochter.)

Passage-Panopticum

Neu! Neu!

Yvette Guilbert

in Lebensgrösse.

Neu! Neu!

Singhalesen-Truppe

Entree (incl. Theater soweit der Raum reicht) 50 Pf.

Apollo-Theater.

Bernhard Mörbitz

Miss Deyo ● Emmi Krochert

Secessions-Gesänge

Dyas-Rosé-Laszky

Rob. Steidl

Ueberbrettl-Parodie

Salerno

Gregoris ● Wolkovsky

Cecilie Carola.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57.

Man lebt ja nur einmal.

Große Gesangsposse in 5 Bildern.

Vorher:

Das neue März-Specialitäten-Progr.

Anf. ½8 Uhr, der Posse ½9 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.

Das pomphafte ● März-Programm! ●

Ab 16. cr. noch bedeutend vergrößert!

The 4 Sisters Barleighs, das amerik. Grazien-Quartett.

Brothers Lington, Excentric-Akrobaten.

Mac Kean, neu für Europa! 8½ Uhr. Neu! 8½ Uhr

Die beiden Wenzel.

Schwank in 1 Akt von E. Felsch.

Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.

Mittwoch, den 27. März:

Benefiz für Robert Dill.

Der Walzerkönig.

Große Posse in drei Akten.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag, Montag:

Hoffmanns Nordd. Sänger.

Neu! Neu!

Kanalfeier.

Nach jeder Soiree: **Tanz.**

Wochentags Tanz frei und Vereinsbillets gültig.

In Vorbereitung: **Stiefbrüder.**

Urania

Taubenstr. 48/49.

Im Theater Donnerstagabend 8 Uhr:

Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung.

Invalidenstr. 57/62.

Tägl. **Sternwarte.**

Passage-Theater

Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.

Letzte Woche des glänzenden März-Progr.

Fortsetzung der

Damen-Ring-Kämpfe

Ringkämpfe nachm. 6 und abends 10 Uhr.

Rosendienstag. 17 erstklass. Nummern.

Friedrich-Strasse 165

Castans Panopticum

Entree 50 Pf.

Kinder die Hälfte.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.

Mein Leopold.

Volksstück mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) von Adolf L'Arronge.

Nach der Vorstellung:

Tanzkränzchen.

Freitag:

Die Blinde von Paris.

Cirkus Busch

Donnerstag, 28. März, 7½ Uhr:

Grande Soiree Equestre.

Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton B. Smith. Besonders hervorzuheben: **Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke.**

Außerdem: **Ararat,** arabischer Vollblutschimmelhengst aus dem Gestüt Alda, dressiert und in der hohen Schule ger. v. Herrn Burckhardt-Foottit.

Zum Schluß: Zum 121. Male:

Die eiserne Maske.

Le masque de fer.

Großes historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.

Unter anderm: **Die Jagd bis in die Cirkuskuppel hinauf.**

Sonntag, 31. März cr., nachmittags 4 Uhr: **Große Extra-Gala-Vorstellung.** Auf allseitigen Wunsch: Auftreten des berühmten amerikan. **Pferdebändigers Professor Norton B. Smith!**

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**

4 ausländische Kapellen.

Bock-Anstich.

Täglich grosse Specialitäten-Vorstellung.

Reichshallen

Stettiner Sänger.

Zum Schluß:

Die imitierten Tyroler.

Siehe sämtliche Säulen.

● Möbel auf Teilzahlung

J. Ostrowski jun.

Gr. Frankfurterstr. 1

am Frankfurter Thor.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. **H. Stramm,** Rest., Ritterstr. 123.

✚ Herren-Vortrag ✚

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“. Freitag, den 29. März, abds. ½9 Uhr, im Restaurant Süd-Ost, Zeughausstr. 75. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Tellersammlung.

Album- u. Lederwarenfabrik

Oskar Gundau,

30. Oranienstrasse 30,

Ecke Adalbertstraße.

Gelenkbücher in 1,35 cm Schnuckfachen

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsälen.** Inh.: Max Schindler. — Telephon: Amt IVa Nr. 8002. — Heute: **Grosser Ball,** als **Specialität: ● Cigarren- und Apfelsinen-Regen ●** verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Ueberraschungen.

Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken 2c. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Riesen-Walfisch

21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.

Vollständig geschlossen!

Zu besichtigen im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr. — **Entree 20 Pf.**

Kottbuser Damm, Ecke der Boppstraße.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. H. Hatt.**

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

F. Scholz' Festsäle u. Garten,

Gr. Frankfurterstraße 74, [9629*

empfiehlt seinen großen Saal mit Theaterbühne und Garten zu Sommervergnügungen an Vereine. **Verschiedene Sonnabende noch frei.** Ein großes Vereinszimmer mit Pianino. Jeden Sonntag grosser Ball. Anf. 4 Uhr. **Montag, Dienstag und Donnerstag: Grosser Ball.** Anf. 8 Uhr.

Berufs-Bekleidung

aller Arten.

D. Wurzel & Co.,

5142*] **Wrangel-Strasse 17,** Ecke Nantzuffel-Strasse.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**

empfiehlt **Einrichtungen von 250 bis 10 000 M.** 9739*

Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, coulanteste Zahlungsbedingungen.

Paul Burows Möbelfabrik,

Neue Schönhauser-Straße 2.

In meinem großen Möbellager halte stets eine großartige Auswahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Massen-Einkäufe, Ersparung teurer Ladenmiete 2c. bin ich im stande, ganz bedeutende Vorteile zu gewähren. Ganze Einrichtungen von 150 bis 10 000 M. Ganz besonders weise ich auf mein großes Lager verstellen gewesener, einfacher, sowie hocherrschaftlicher Möbel hin, welche zu sehr billigen Preisen abgegeben werden: Nußbaum- oder Mahagoni-Kleiderspinde und Berlikows 76 M., Korridorspinde 22, Muschelkleiderschränke 36, Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 22, französische Muschelbettstelle mit Sprungfeder-Matratze und Keilkissen 44 M. Kommoden 18, Spiegel 9, Säulenkommode 45, Diwan mit Plüschzug 36, Garnituren, Pantelsofas mit Satteltaschen und Plüscheinfassung 85, Salonschränke, Anrichteschränke mit Spiegelthüren, Herrenschreibtische, Garderobenschränke, Bücherschränke 2c. Eventuell Einrichtungen gegen Teilzahlungen unter coulanten Bedingungen. Benutzte geringe Anzahlung. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden sauber transportiert, auch nach außerhalb. [8742*

Möbelstoffe!

auch Reste alle Qualit. fast. billig! Gelegenheitskauf:

Mocquett-Plüsche 5,35 M.

per Meter (130 Centimeter breit).

Muster bei näher. Angabe franco.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzeloperat., Plomben etc. Langjährige Garantie.

Sprechstunden Woche 1 Mark.

Bruno Steffens, Neanderst. 21

Musikwerke

selbstspielend mit auswechselbaren Platten, sowie Zithern, werden bei geringer Teilzahlung vergeben. [9865*

L. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part. Kein Laden.

Jede Dame lese!

Reinste Muster, ausschließlich Modelle.

Jacketts, schwarz u. farb. v 5,— M.

Jacketts, a. Futter prim. Beravo. 11169*] von 8,— M.

Capes, kurz und lang, mit Stickerei von 4,50 M.

Capes, hochelegant, feinstes Genre, von 12,50 M.

Kostüms, Rock und Jackett, alle Farben, von 10,50 M.

Kostüms, Rock und Jackett, hochelegant, von 15,— M.

Alles nur chice, bessere Konfektion.

Seltene Gelegenheit!

Damenmäntel-Fabr. en gros, Seydelstraße 2, 1 Treppe (am Spittelmarkt). Sonntags 8—10 u. 12—7 geöffnet.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Sonntag, den 31. März, abends 6 Uhr,
bei Möhring, Admiralstraße Nr. 180 („Märkischer Hof"):
Gemütliches Beisammensein.
242/11 Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf.
Am Charfreitag 9 Uhr 35 Min.: Ausflug nach Grünau.
Nachmittags-Treffpunkt: Friedrichshagen, „Wilhelmsbad", Seestr.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, den 29. März, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Hübner, Swinemünderstraße 42:

Partei-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Junkertum und Bauernstand im Lichte der Geschichte und Kampf gegen den Getreidezoll." Referent Reichstags-Abgeordneter **Rosenow.** 2. Diskussion. 219/8

Der Vertrauensmann.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands
(Verwaltungsstelle Berlin).

Donnerstag, den 28. März, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 5:

Außerordentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Modelleur-Angelegenheiten.
Zahlreiche Beteiligung der Modelleure und Gipsbildhauer erwartet
20/70 **Der Vorstand.**

II. Königsberger
Geld-Lotterie
Ziehung 13. bis 17. April 1901.
— 6240 Geldgewinne —
Hauptgewinne Mark [1111L*
50000, 20000 etc.
Loose a 3 M.
Porto und Liste 30 Pf. empf. auch geg. Nachn.
Carl Heintze, Berlin W., Unter den Linden 3.

Freie Volksbühne.

V. Abteilung
Sonntag, 31. März, nachm. 2¼ Uhr im **Lessing-Theater:**
La Robe rouge (Die Rächerin).

Gleichzeitig im **Carl Weiss-Theater I. Abteilung:**
Der Biberpelz.
— Von Gerhart Hauptmann. —

III. Oper (gelbe Marken) **28. April.**
220/5] **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstraße 59, nahe Alexanderplatz.
Großer Möbelspeicher. Specialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Teilzahlung unter den coulantesten Bedingungen gestattet, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verliehen gewesener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparung der teuren Ladenmiete bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen für 150 bis 10000 M. zu liefern. Kommode 17, Waschtoilette, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Muschelkleiderspind 35, Bettstelle mit Matratze 21, Stühle 3, alle Arten Küchenmöbel, Nußbaum- und Mahagoni fournierte Kleiderspinde, Vertikows 36 M., Muschelbettstelle mit Sprungfedermatratze 38, elegante Säulentrumeaux 45, Bücherschränke, Salongarnituren 105, Buffets aller Art, seidene Garnituren, sehr wenig gebraucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. [9410*

Gestern nachmittag 4½ Uhr verschied nach langen schweren Leiden meine innig geliebte Frau

Marie Rehfeldt
geb. **Grothe**

im Alter von 49 Jahren. Um stilles Beileid bittet der trauernde Gatte
Berlin, den 27. März 1901.
Carl Rehfeldt, Prenzlauer Allee 203.
Die Beerdigung findet Freitagnachmittag 4½ Uhr von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs (Weißensee) aus statt. 362b

Nochmals herzlichen Dank für die Kranzspende der Kollegen der Firma Aberle. **Alwine Kube.**

Fahrräder, Nähmaschinen
verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu billigsten Preisen. Reparatur-Werkstätte. Lehrbahn. Sämtl. Zubehör. Teilzahl. gestattet. **Carl Karras,** Langestr. 17. 10892*

Möbel
und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen.
Eigne Werkstelle im Hause. [9692*
Bukow, Tischlermeister, **Invalidenstr. 13.**
Lager: Parterre u. I. Etage.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 31. März 1901, abends 7 Uhr,
im „Königstädtischen Kasino" (Radatz),
Holzmarktstrasse 72:
Vortrag des Herrn Direktors M. Pauly über: „Feuerbestattung m. Demonstrationen am künstl. Verbrennungsofen.
Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein.**
Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe. 4/13*

Max Radtke, Hutfabrik,
Krautstr. 50.
Die Hutfabrik und Detail-Verkauf, früher Blumenstr. 39, Ecke Andreasstr. befindet sich jetzt **Krautstraße 50.**
Kein Laden! Durch Selbstfabrikation u. Fortfall der Ladenmiete bin ich im Stande, Hüte in größerer Auswahl u. zu billigeren Preisen als die größten Warenhäuser u. Bazare zu liefern. [*

Möbelfabrik.

Coulante Zahlungsbedingungen! Für bestes und trockenes Material garantiert!

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei 9372*

Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstraße 6,
Berlin SO., am Kottbuser Thor.

Sommer-Paletots.

Denkbar grösste Auswahl
in **Cover Coat, Satin oder Cheviot** in allen modernen, auch die beliebten marengo Farben mit Serge-Futter, **18, 20, 22.50, 25, 30, 35, 40** Mk., auf Seide gearbeitet, sehr elegant **22.50, 25, 30, 35, 40, 45** Mk., Raglan in marengo Cheviot, **30** und **40** Mk.
Havelocks in wetterfestem Loden, 1reihig, ohne Aermel, mit voller, vorn ganz abgefütterter Pelerine **8.50, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 30, 35** Mk. **Joppen** von gutem Sommerloden, mit und ohne Futter, **4.50, 6, 7.50, 9, 10, 12, 15** Mk. Ein Posten vorjährige a Stück **2** Mk. **Regenmäntel** mit Futter und Sammetkragen **25** und **30** Mk.

Carl Stier,
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Berlin, Oranienstraße 166. **Potsdam,** Brandenburgerstraße 23.
Tadelloser Sitz. Beste Verarbeitung.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Milchgeschäft mit Rolle, Fuhrwerk, Straßenkunden, krankheitshalber verkäuflich Maxstraße 14. †65*

Milchhändler, Achtung! Zur Einrichtung von Milchgeschäften empfehle alle nötigen Gegenstände zu billigsten Preisen. Hermann Jordan, Kleine Markusstraße 28. [495K*

Destillations-Fenstereinsatz, gut eichen, billig zu verkaufen Weberstraße 36, Reinerz. 341b*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †43*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Knabenanzüge, Mädchenkleider, sehr billig, Hoffmann, Veteranenstraße 14. 567K*

Knabenanzüge. Knabenpaletots, Riesenauswahl, Spottpreise. Rosenberg, Kottbuserdamm 93. 598K*

Mädchenkleider. Mädchenjacken, Riesenauswahl, Spottpreise. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Restehandlung. Capesstoffe, Seidenstoffe, Sammetreste, Reste für Herren- und Knabenanzüge. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Damencapes, Riesenauswahl, Spottpreise. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Damenjacketts, Riesenauswahl, spottbillig. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Kleiderstoffe, reinwollene und seidene, staunend billig im Konkursmassen-Ausverkauf, Münzstraße 7. *

Gardinen, auch Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Günther, Grüner Weg 80, parterre. Kein Laden. 506K*

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6.

Möbelverkauf zu soliden Preisen, Römer, Sebastianstraße 81. 134b

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 52/12*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, billig verkäuflich. Zossenerstraße 38 I, rechts. 533K*

Restauration wegen Todesfalls zu verkaufen. Auskunft: Pasewalkerstraße 56, abends nach 6 Uhr.

Kanarienhähne, prima Zuchtweibchen, preisgekrönter Stamm, von 8—20 M., bei Krebs, Köpnickerstraße 154a, 4 Tr.

Teppiche, Divandecken, Bettvorleger, Portieren, Remontoiruhren, Regulatoren spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6. 57/17*

Nußbaummöbel-Einrichtung preiswert verkäuflich Gartenstraße 148 I links (Stettiner Bahnhof). †141*

Drei Tage dauert der Möbelverkauf zu spottbilligen Preisen, da wegen Verkauf des Hauses meine großen Speicher räumen muß. Nie wiederkehrende Gelegenheit, ganze Einrichtungen sowie einzelne Möbel billigst zu kaufen. Eigene Werkstätten. Möbelspeicher Mariannenstraße 48. 580K*

Möbel auf Teilzahlung Stargardt, Dresdenerstraße 107—108, Kleiderschränke, Vertikos, Sofas, Taschensofas, Paneelsofas, Plüschgarnitur, Säulentrumeaux, Garderobenschränke, Salonschränke, Ankleideschränke, Muschelbettstellen, Pfeilerspiegel. Alle Arten Küchenmöbel, Stühle, Schreibtische, Bücherschränke, Ruhebetten, Waschtoiletten, Tische, Teppiche, ganze Einrichtungen. 58/13*

Umzugshalber verkauft billig Trumeau Fruchtstraße 65, Hof I, rechts. 354b

Hobelbänke-Ausverkauf Bremerstraße 54, Polley. †84*

Trauerfall. Empfehle Freunden, Genossen Sargmagazin. Rosinnek, Neue Hochstr. 13, billigste Preise. [†65*

Damenbüsten, Schneiderplatten, Regale, Glasspinden, Ladentische, Kastenregale spottbillig Hälfi, Weinbergsweg 13b. 100b

Laubenbau! Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig. Kottbuser Damm 22.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †43*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager 400 Tourenmaschinen Straßenrenner Damenräder Zweisitzer Kinderräder Anhängewagen gebrauchte Fahrräder von Mark 40,00 direkt aus Imperial Fahrradwerke, Dieffenbachstraße dreiundreißig. K*

Fahrräder, nur gute selbstgemachte, sowie Reparaturen und Zubehör zu soliden Preisen bei Carl Miethe, Große Frankfurterstraße 123. [2962b

Fahrräder, Teilzahlung, coulante Bedingungen. Fabrik, Oranienstraße 176. 516K*

Kinderwagen, spottbillig, Andreasstraße 23. 553K*

Nähmaschinen, Adler, Afrana, Schnellnäher, Ringschiff, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung Krieg, Skalitzerstraße 136. 538K*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Nähmaschinen: Afrana, Adler, Ringschiffchen, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Wrangelstraße 118, Laden. 528K*

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Gustav Bredereck, Engel-Ufer 20. 57/1*

Gaskocher! Sparsysteme! 1,50, Zweilochkocher 6,— Dreilochkocher 10,— Gas-Plätteisen, Bügelapparate billig! Gas-Bratöfen 12,—. Wohlauer, Walknertheaterstraße 32. 385*

Händler! Erinnerungs-Medaillen an Wilhelm Liebknecht empfiehlt Grün, Mariannenstraße 38. 352b*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ½ Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 91/11*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †43*

Dürrkop-Rad 45,00. [Schädel, Schmidstraße 8. 148/16*

Kleiderspind 15,00, Küchenspind 10,00, Kommode 9,00, Schlafsofa 20,00 verkauft Fuchs, Pallisadenstraße 38.

Achtung, Radfahrer! Wer sich ein gutes, billiges Fahrrad kaufen will, wende sich an die Geschäftsstelle der Berliner Einkaufsgenossenschaft, Marschallstraße 19. Mitglieder werden aufgenommen. 370b

Menzenhauer-Zither 6,00, Harfen-Zither 5,00. Kastanien-Allee 27. Strabel. 372b

Kleiderspind, Vertiko, Kommode, Spiegel mit Spind, Küchenmöbel, Tisch, alles neu, billig zu verkaufen Mariannenstraße 18, Hof III. [373b

Mahagoni-Kommode, großer Sofatisch, Blumenbrett, gut erhalten, billig verkäuflich. Abends nach 6 Uhr. Glogauerstraße 24, III rechts.

Vereins- und Versammlungslokal im Arbeitervorort, Garten, Kegelbahn, Tanzsaal, billige Miete, sofort zu verkaufen. Offerten Postamt 58 postlagernd F. Wolter. 359b

Wegen Umzug nach außerhalb zu verkaufen: Sofa, Spiegel, Regulator, Bettstellen, Waldemarstraße 65a, 2. Hof parterre links. 368b

Fahrrad, stabile Maschine, 45 Mark Schönhauser Allee 177a, Hof parterre.

Junger Hund billig zu verkaufen, Alte Jakobstraße 168, I, links. [363b

Stehbierhalle. Destillation preiswert zu verkaufen. Weberstraße 36, Reinerz. 342b

Nähmaschinenlager anerkannt bester Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Landsberger, jetzt Landsbergerstraße 82. Verkaufsstelle für Norden Brennemann, Müllerstraße 169. [†149*

Grünkramgeschäft, krankheitshalber billig verkäuflich. Wegener, Mühlenstraße 4. 360b

Vermischte Anzeigen.

Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Broitestr. 19.

Klavier-Unterricht für Erwachsene Langenbeckstraße 3. 531K*

Unfallklagen, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstraße 107. [329b*

Patentanwalt Dommann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andren Bücher beleiht und kauft Antiquariat Kochstraße 56, Amt 4a 6944. 550K*

Zahnatelier C. Gebicke, Stargarderstraße 3. [†73*

Augustabad, Köpenickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 471K*

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Rottmanns Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18.

Kunststopferei von Frau Kokosky Steinmetzstraße 48.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Büllowstraße 56, 2. Hof parterre. 238Tb

Goldscheide-Anstalt, Zimmerstraße 32, zahlt höchste Preise für Platin, Gold- und Silbersachen, Kehrgold, Tressen. 2150b

Sommerfeste, Sommernachtsbälle, Saal 500, Garten 1500 Personen, mit Theaterbühne, des Sonnabends mein Lokal bestens empfohlen. Wernau, Schwedterstraße 23/24. [†59*

Saal und Vereinzimmer empfiehlt Jannaschk, Insterstraße 10. [2068*

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 444K*

Vereinszimmer mit Pianino empfiehlt Hinze, Blumenstraße 35 a.

Ich nehme die Beleidigung gegen Frau Koser, Landsberger Allee, zurück. Fr. Ebert. 92/7

Flöten-August ließ vor 8 Tagen seine Mappe liegen, weiß nicht wo? Gefällige Auskunft erbeten Buddee, Britzerstraße 23 III. 356b

Vermietungen.

Zimmer.

Freundliche leere Stube an einen Herrn vermietet Schenatzki, Große Frankfurterstraße 87. †44

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Vorderzimmer, an einen Herrn zum Mitbewohnen zu vermieten bei Witwe Jacobey, Caldergerstr. 26, vorn III.

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, separates Vorderzimmer, Müllerstraße 32a. Moritz. †101

Schlafstelle, anständige, Reinickendorferstraße 23b, IV. Luttig. †66

Schlafstelle für einen Herrn, Liegnitzerstraße 5, vorn III Treppen. Wendt. †22

Freundliche Schlafstelle an Herrn vermietet Krüger, Reichenbergerstraße 153, vorn III. 367b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Jede Handarbeit, als Stricken, Sticken, Häkeln, Kleidermachen usw. wird sauber ausgeführt. Gefällige Offerten erbittet Witwe Matschuk, Christburgerstraße 32, Seitenflügel parterre rechts.

Stellenangebote.

Ein Maschinenschlosser, selbständiger erfahrener Arbeiter, der in Reparaturen von Dampfpumpen bewandert ist, findet in Oestreich dauernde Stellung. Offerten unter O 4 an die Expedition „Vorwärts". [315b

Färbigmacher verlangt Engel-Ufer 9. 318b

Stuccateur-Lehrling verlangt Laude, Adlershof, Hoffmannstraße 3.

10 tüchtige Tischler auf gute fournierte und weiße Möbel nach Zeichnung sofort gesucht. M. H. Wegner, Möbelfabrik, Suhl in Thüringen.

Weißbier-Brauerei sucht für eingeführten Wagen tüchtigen Bierfahrer. Meldungen unter T. 4 durch die Expedition dieses Blatts. 358b

Grundierer auf Goldleisten, und Burschen unter 16 Jahren verlangt A. Werkmeister, Schmidstraße 8a.

Grundierer auf Goldleisten. Auch, Blumenstraße 32. 371b

Glaspolierer verlangt. Neue Grünstraße 40. 357b

Einen Packer auf Goldleisten verlangen Rosenow u. Co., Schmidstraße 6.

Plätterin verlangt Krüger, Cuvrystraße 38. †22*

Kartonarbeiterin, nur geübte, verlangt Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 252b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Agenten für Feuer-, Einbruch-, Glas-Versicherungen sucht bei hohen Provisionen Generalagentur Linkstr 13, part. links. 2—4. 148/13*

Gesucht.

Ein **tüchtiger**
Kunstschmied,
auch für **Treibarbeiten,** welcher selbständig und flott **Schablonen schneidet** und **Fertigkeit** im **Aufzeichnen** derselben besitzt, als
Vorarbeiter,
nebst 165/7*
3 bis 4 Gehilfen
(eingearbeitete Kolonne) bei **gutem Lohn** und **dauernder** Beschäftigung **sofort gesucht.** Reise wird vergütet.
Aktiengesellschaft für Eisen- und Bronzegießerei vorm. Karl Flink, Mannheim.

Achtung! Achtung!
Parkettbodenleger! Bauhandwerker!

Die Firma **Adolf Pleck,** Niederwallstraße 15, Zwischenmeister **O. Schüttke,** ist für Parkettbodenleger **gesperrt** wegen Nichtanerkennung des Tarifs. Die Bauten befinden sich Preußische- u. Uhlandstraßen-Ecke, Güntzelstr. 28 und Seestraße. *
Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Achtung, Töpfer!

Ueber die Firma Töpfermeister **Wengler & Drescher** ist die Sperre verhängt. 1958
Der Vorstand Filiale Berlin. Centralverband der Töpfer.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Ströbel** in Berlin. **Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke** in Berlin. **Druck und Verlag von Max Bading** in Berlin.